

FLZ Nr.1-2020
Jahrgang 41
Januar 2020

FLZ



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

UND LOS GEHTS



**Arbeitsbelastungs- und Arbeitszeitstudie der GEW
beginnt im Februar – über 1500 Lehrkräfte an 69
Schulen sind am Start**

Die GEW Hessen baut auf den Arbeitszeit- und -belastungsstudien der Vergangenheit auf und aktualisiert sie

Ein weiterer Schritt, die Ignoranz der hessischen Landesregierung gegenüber den Überlastungsanzeigen der Lehrkräfte zu überwinden

Die GEW untermauert damit die Überlastungsanzeigen der Lehrkräfte auf wissenschaftlicher Grundlage und unterstreicht damit auch ihren Anspruch, eine Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft zu sein.

Die im Februar anlaufende Studie dürfte ein ähnlich bedeutender Meilenstein in der Auseinandersetzung um zu hohe Arbeitszeiten und Arbeitsbelastungen werden wie bisherige Studien jeweils auch. Immer haben sie die öffentliche Meinung in unserem Sinne beeinflussen können. Und sie konnten nicht so leicht ignoriert werden.

Inzwischen ist das Instrumentarium ausgefeilter und die Aussagen in weit höherem Maß valide. Dazu hat das Forscher-Team um Frank Mußmann erheblich beigetragen.

Bereits 2018 haben sie die bisherigen Studien ausgewertet (siehe Seite 3 unten).

Die niedersächsische GEW-Vorsitzende Laura Pooth und ihr Vorgänger Eberhard Brandt schreiben dazu im Vorwort:

Die besondere Bedeutung der von der Max-Träger-Stiftung in Auftrag gegebenen Expertise liegt darin, dass die aktuellen Befunde zur Arbeits-

zeit und Arbeitsbelastung von Lehrkräften in Beziehung gesetzt werden zu allen relevanten Untersuchungen seit den späten 1950er Jahren.

Im Vergleich der inzwischen zwanzig Studien zur Arbeitszeit von Lehrkräften zeigen sich sowohl über Jahrzehnte stabile Muster und Zusammenhänge, als auch langjährige Trends der Veränderung bei der Arbeitszeit von Lehrkräften. So werden nicht nur die methodischen und ergebnisbezogenen Verdienste früherer Anstrengungen gewürdigt. Vielmehr lassen sich auch die aktuellen Ergebnisse besser einordnen



Schulung im Dezember 2019

und praktisch für die Arbeitszeitgestaltung verwenden. Die vom Team der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften vorgeleg-

ten Ergebnisse ihrer Studien werden durch den historischen Vergleich gewissermaßen methodisch und inhaltlich validiert.

Um es auf den Punkt zu bringen: Die Befunde aus Niedersachsen liegen im Trend der älteren Studien. Die Arbeitszeit der Lehrkräfte liegt durchweg über der der Beamteten. Tätigkeitsstruktur und Zeitverteilung entwickeln sich in allen Schulformen langfristig so, dass der Anteil des Unterrichts abnimmt und die übrigen Tätigkeiten zum Beispiel für erzieherische Aufgaben oder Mitwirkung in den Schulen zunehmen, ohne dass allerdings die Unterrichtsverpflichtung entsprechend reduziert wurde. Diese Entwicklung begann in Gymnasien und Gesamtschulen, sie vollzieht sich in den letzten Jahrzehnten auch in den Grundschulen. Die Streuung der individuellen Arbeitszeiten der Lehrkräfte in den Schulen ist groß.

Der Vergleich zeigt, dass die Niedersächsische Arbeitszeitstudie die erste Vollerfassung über ein ganzes pädagogisches Jahr ist, hohe Ansprüche an die Repräsentativität erfüllt und ein vorher technisch noch nicht mögliches, differenziertes Konzept der Erfassung der Tätigkeiten anwendet.

Die Expertise unterstreicht, dass das Land Niedersachsen als Dienstherr nunmehr über das Wissen verfügt, das erforderlich ist, um die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte neu festzusetzen, wie es das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht in Lüneburg in seinem Beschluss zur Rechtswidrigkeit der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrkräfte im Jahr 2015 gefordert hat. (...)

Umso mehr gilt dies für die von der hessischen GEW in Auftrag gegebene Frankfurter Studie, die ja auf der niedersächsischen aufbaut.

Während das hessische Kultusministerium lange Zeit alle Signale der GEW missachtet und ihre Vorschläge in den Wind geschlagen hat – vom Nachweis einer extrem großen Lehrkräfte-Lücke über die Forderung nach besserer Bezahlung der Grundschullehrkräfte bis zu den Überlastungsanzeigen – dürfte ihr das in Zukunft nicht mehr so leicht gelingen.

Herbert Storn

Kommentar

Auch im Jahr 2020 ist das Thema Arbeitsbelastung und Arbeitszeit an Schulen ein bedeutender Schwerpunkt der Arbeit der GEW.

Natürlich gibt es in jedem Berufsfeld Belastungen. Unsere Beobachtung ist allerdings, dass es unseren Arbeitgeber nicht wirklich zu interessieren scheint, welchen Belastungen Lehrkräfte tatsächlich ausgesetzt sind. Wohl auch, weil ein Entgegenwirken viel Geld kosten könnte.

Die zahlreichen Überlastungsanzeigen der Schulen, aber auch die hohe Bereitschaft so vieler Kolleg*innen, sich an der „Frankfurter Arbeitsbelastungs- und Arbeitszeitstudie 2020“ der GEW als Teilnehmer*innen und Multiplikator*innen zu beteiligen, weisen deutlich darauf hin, dass eine Erfassung dringend geboten ist, um im nächsten Schritt tatsächliche Entlastungen anzustreben.

Über 1500 Lehrkräfte an mehr als 60 Schulen nehmen an der Studie teil. Leider konnten nicht alle Schulformen teilnehmen, da wir auf die Referenzdaten aus der niedersächsischen Studie angewiesen sind. Das bedauern wir sehr. Aber auch mit den Kollegien dieser Schulen werden wir weiter daran arbeiten, Belastungen zu reduzieren und Bedingungen für Bildung zu verbessern. Überlastungsanzeigen sind aus unserer Sicht auch weiterhin sinnvoll und notwendig, zeigen doch auch sie die konkreten Be- und Überlastungen an Schulen mehr als deutlich auf.

Dies wird aber nicht der einzige Schwerpunkt der GEW im Jahr 2020 sein. Tarifauseinandersetzungen, bildungspolitische Themen und gesellschaftliche Diskussionen in allen Bildungseinstellungen werden ebenso Teil der gewerkschaftlichen Arbeit sein – lasst es uns gemeinsam anpacken!

Laura Preusser und Sebastian Guttman, Vorsitzende

Höchste Zeit, Belastungen zu erfassen – lasst es uns gemeinsam anpacken

Pressekonferenz der GEW

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen (GEW Hessen) hat zusammen mit dem Frankfurter Bezirksverband der GEW für das kommende Jahr eine Studie in Auftrag gegeben, die die Arbeitsbelastung und die Arbeitszeit von Lehrkräften in Frankfurt ermitteln soll.

Umgesetzt wird das Vorhaben von der Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften der Universität Göttingen und dem Umfragezentrum Bonn (uzbonn GmbH). Die GEW und der verantwortliche Projektleiter, Dr. Frank Mußmann, stellten das Projekt am 5. Dezember 2019 in Frankfurt vor.

Maïke Wiedwald, Vorsitzende der GEW Hessen, erläuterte die Motivation für die Studie: „In den zurückliegenden Jahren haben in ganz Hessen zahlreiche Lehrkräfte – in der Regel ganze Schulkollegien – Überlastungsanzeigen beim Hessischen Kultusministerium eingereicht. In diesen Überlastungsanzeigen werden zahlreiche Punkte angeführt, die die Arbeitsbelastung massiv erhöht bzw. die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben. Vor diesem Hintergrund und auch angesichts der zahlreichen mündlich an uns herangetragenen Klagen über die Arbeitssituation an den Schulen, erscheint uns eine Untersuchung zur Arbeitssituation von Lehrkräften überfällig.“

Sebastian Guttman, Vorsitzender des GEW-Bezirksverbands Frankfurt, ergänzte: „Gerade im Frankfurter Raum haben sich die Überlastungsanzeigen in der jüngeren Vergangenheit gehäuft. Die von Maïke Wiedwald geschilderten Sachverhalte sind unverkennbare



Foto v.l.: Anita Spezzano, Sebastian Guttman, Maïke Wiedwald, Dr. Frank Mußmann

Indizien für eine hohe Belastungssituation. Nicht nur vereinzelt wird von starken Belastungen und steigender Mehrarbeit berichtet. Vor diesem Hintergrund sehen wir die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen Frankfurter Lehrkräfte eingehend wissenschaftlich zu untersuchen und die Belastungssituation qualitativ und quantitativ darzustellen.“

Wiedwald, Guttman und Mußmann erläuterten den geplanten zeitlichen Ablauf des Projektes, das sich an einer vergleichbaren niedersächsischen Studie orientiert. Auf Basis eines Online-Fragebogens wird die Arbeitsbelastung Frankfurter Lehrkräfte ermittelt, zudem sollen Informationen zur Arbeitszeit über ein Arbeitszeit-Schätzmodul sowie eine kurze, ein- bis vierwöchige Arbeitszeiterfassung gewonnen werden. Durchgeführt werden soll das Vorhaben nach dem Schulhalbjahreswechsel vom 3. Februar bis 8. März 2020. Danach erfolgt die Auswertung.

Anita Spezzano (Foto: links) ist Personalrätin an einer Frankfurter Gesamtschule und erhofft sich wie die Kolleginnen ihrer Schule einen wissenschaftlichen Beleg für die Wahrnehmung, „dass wir am Limit sind“. Die Georg-August-Zinn-Schule hatte wie viele andere Frankfurter Schulen eine Überlastungsanzeige gestellt: „Wir hatten dann zwar ein zugewandtes Gespräch mit dem Schulumt – aber das reicht uns nicht!“ Der Abschlussbericht der Studie soll im September 2020 vorgelegt werden.

Im September 2020, so Sebastian Guttman, sei mit einer öffentlichen Ergebnispräsentation der Studie zu rechnen: „Auf der Grundlage objektiver, wissenschaftlich fundierter Daten wird es spätestens dann hoffentlich möglich sein, zu durchgreifenden Verbesserungen für die Lehrerinnen und Lehrer an den hessischen Schulen zu kommen. Diese sind nicht nur im Sinne der Lehrkräfte, sondern auch der Schülerinnen und Schüler dringend geboten.“

Startschuss zu den Personalratswahlen 2020

GEW lädt zu Wahlvorstands-Schulungen im Januar ein

Liebe Kolleg*innen, hiermit laden wir euch herzlich zu unserer Schulungsveranstaltung für Wahlvorstände ein.

Die Schulung steht zeitlich gerade deshalb am Anfang eurer Tätigkeit als Wahlvorstände, um den ganzen Komplex wichtiger Fragen, mit denen ihr euch beschäftigen müsst, abzuarbeiten und zu klären.

Bei diesen Wahlen bieten wir zwei Termine an, damit möglichst alle die Möglichkeit einer Teilnahme haben und sich kleinere Gruppen ergeben als bei einer einzigen Veranstaltung, sodass besser auf individuelle Fragen eingegangen werden kann.

- **Montag, den 20.1.2020**
von 9 bis 15 Uhr, im Teil A des Wilhelm-Leuschner-Saals,
- **Mittwoch, den 22.1.2020**
von 9 bis 15 Uhr, im Willy-Richter-Saal,

jeweils im DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77

Alternativ empfehlen wir die Schulung der GEW Offenbach am Mittwoch, den 15. Januar 2020 im Bürgerhaus Dietzenbach.

Als Mitglied des Wahlvorstands an deiner Schule hast du in Ausübung deiner Tätigkeit das **Recht auf Dienstbefreiung**, ganz analog zu den Schulungsveranstaltungen für Personalräte.

Dies ergibt sich aus § 40 Abs. 2 Satz 3 des HPVG in Verbindung mit § 21 Abs. 2 Satz 3 des HPVG.

Für die Teilnahme an der Schulung erheben wir einen Kostenbeitrag von 3 Euro. Dieser schließt Getränke ein. Die Quittung können Sie anschließend bei Ihrer Schule zur Erstattung einreichen (§ 42 Abs. 3 in Verbindung mit § 21 Abs. 3 HPVG).

Bitte meldet euch per Mail an info@gew-frankfurt.de oder telefonisch zu den Bürozeiten der Geschäftsstelle dienstags und donnerstags je von 13 bis 17 Uhr an. Die vorherige Anmeldung ist für uns sowohl für die Vorbereitung der Schulung als auch mit Blick auf die räumliche Beschränkung der gebuchten Räume auf maximal je 60 bzw. 50 Teilnehmende wichtig.

Hier eine kurze Übersicht der wesentlichen Themen:

- Probleme bei der Erstellung der Wählerlisten, Wahlberechtigung und Wählbarkeit
- Durchführung von Vorabstimmungen (über gemeinsame Wahl, geänderte Sitzverteilung, ggf. auch personalisierte Verhältniswahl)
- Erstellung des Wahlausschreibens
- Ermittlung der Anzahl der Personalratsmitglieder, deren Aufteilung auf Arbeitnehmer und Beamte und die Aufteilung der Sitze auf die Geschlechter
- Listenwahl oder Personenwahl, ggf. auch personalisierte Verhältniswahl

– sowie die Möglichkeiten der Unterstützung, die ihr vom Gesamtwahlvorstand bekommen könnt.

Wahlhandbuch

Von der GEW soll das **Wahlhandbuch** bis spätestens zum Unterrichtsbeginn nach den Weihnachtsferien an alle Schulen in Hessen versandt worden sein. Dieses Handbuch enthält auch Ausführungen und Texte zu den wichtigsten Wahlrechtsfragen. Sprechet ggf. die Vertrauensperson der GEW an eurer Schule auf das Buch an. Wer gerne digital arbeitet findet das Wahlhandbuch online unter <https://www.gew-prwahl2020.de/>.

Bitte bringt zur Schulung auch die vom Gesamtwahlvorstand versandten Handreichungen mit. An-



- Erstellung und Prüfung von Wahlvorschlägen, diesbzgl. Vorschriften und Fristen
- Durchführung der Wahl
- Stimmenaushändlung und Feststellung des Wahlergebnisses bei den verschiedenen Varianten (Personen- oder Listenwahl)
- Einberufung der konstituierenden Sitzung des Personalrats.

sonsten – wenn das erwähnte Handbuch (noch) nicht vorhanden ist – wäre es sinnvoll, eine Textausgabe des HPVG inkl. der Wahlordnung mitzubringen – falls nicht ihr es nicht zur Hand habt, spricht eure Personalrat*innen an eurer Schule an, damit diese es euch ausleihen. Mit freundlichen Grüßen

Dirk Kretschmer,
Geschäftsführungsteam
des Bezirksverbands

Thomas Sachs,
Rechtsberatungsteam
des Bezirksverbands

Darüber hinaus wird auch die Zusammenarbeit der örtlichen Wahlvorstände mit dem Gesamtwahlvorstand thematisiert. Hier geht es vor allem um die Weiterleitung der Wählerlisten sowie der Ergebnisse zu den Wahlen zum Gesamtpersonalrat und Hauptpersonalrat

editorial

Von einer „win-win-Situation“ spricht Baudezernent Schneider in Bezug auf eine von ihm ins Auge gefasste Erweiterung der Europäischen Schule zu Lasten der Ernst-Reuter-Schule II in der Nordweststadt. Ausgerechnet in dem Augenblick, wo es mit der seit Jahren (Jahrzehnten) geplanten Sanierung endlich losgehen kann, kommt ein solcher Querschläger, der wieder alles in Frage stellt.

In dieser Ausgabe wird das Problem ausgiebig beleuchtet. Der Bildungs- und Integrationsausschuss der Stadtverordnetenversammlung im Frankfurter Römer ist wie so oft das Forum Romanum, in dem unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – nicht selten auch sehr kleiner (Bild Seite 7) – intensiv um Lösungen gefochten wird. Deshalb bildet er immer auch einen Schwerpunkt in der FLZ.

Während es in der Frage der Ernst-Reuter-Schulen zwischen Baudezernent und Bildungsdezernentin gegensätzliche Positionen gibt, scheint es in einer anderen Frage konsensualer zuzugehen. Der leidige Einfluss der privaten Finanzbranche und ihrer Berater, der zu einigen überbeurten PPP-Konstruktionen auch in Frankfurt geführt hat, scheint nicht nur zurückgedrängt worden zu sein, sondern hat vielleicht sogar besserer Einsicht Platz gemacht. Denn die Alternative, sich die Kompetenz wieder in die kommunale Regie zurückzuholen, wird nicht nur von links gefeiert (man erinnere sich an die OB Feldmann-Rede auf der CETA-Kundgebung 2016 an der Alten Oper). Auch Baudezernent Schneider, CDU, kann mit Recht stolz sein auf das ihm unterstellte neu geschaffene Amt für Bau und Immobilien („ABI“), das Schulbauten in fast rekordverdächtig Zeit und in einem vergleichsweise transparenten Verfahren aus dem Boden stampft. Hier könnten sich andere Kommunen tatsächlich eine Scheibe abschneiden. Ein Blick nach Berlin zeigt, wie man es nicht machen sollte.

Das positive Beispiel zeigt aber auch, wie lange es dauert, Fehler der Vergangenheit wieder zu bereinigen: Die für Planung und Controlling nötigen personellen Ressourcen in kommunaler

Hand nach dem Kahlschlag der 90er Jahre wieder aufzubauen, ist nicht leicht. Dass der Stellenbesetzungsgrad im Stadtschulamt sich von ehemals 77 Prozent Anfang 2018 auf mittlerweile 82 Prozent verbessert hat, ist gut. Trotzdem wird zu überlegen sein, wie über verbesserte Tarife auch der Öffentliche Dienst kurz- und langfristig Kompetenzen an sich binden kann, um nicht von privaten Beratern und deren Renditeinteressen abhängig zu sein.

Während man im Bildungsbereich der Stadt Frankfurt das Gefühl einer „lernenden Organisation“ haben kann, sieht es auf Landesebene sehr grau aus. Eigentlich sollte die IGNORANZ der Landesregierung und speziell des Kultusministeriums das Titelthema dieser Ausgabe sein. Wir haben es positiv gewendet und setzen die verstärkte Mobilisierung der eigenen Kräfte und der öffentlichen Meinung dagegen. Mit der Arbeitsbelastungs- und Arbeitszeitstudie hoffen wir, die Mauer der Ignoranz zu durchbrechen und dicke Bretter zu bohren. Während andere Bundesländer längst die Zeichen der Zeit erkannt haben und Grundschullehrkräfte heraufgestuft haben, zieht Hessen es vor, Schluslicht zu bleiben.

Sein Finanzminister zieht es vor, die vorhandenen Finanzen schippcheweise in die selbst angelegte Schuldengrube zu werfen, wohlwissend, dass eine solche Tätigkeit über 500 Jahre erfordern würde und keinen großen Sinn ergibt. Generationengerechtigkeit sieht anders aus, meint nicht nur die GEW, sondern mittlerweile sogar der Mainstream.

Auf Landesebene finden wir aber leider noch mehr schwarze Löcher, in denen grüne Inhalte entsorgt werden. Ob drittes Terminal oder die Billigfluglinie Ryan Air – auch die 300. Montagsdemo muss ins Bewusstsein heben, was die Umweltbewegung seit Jahrzehnten, Fridays for Future seit einem Jahr fordert: die ökologische Wende und die damit verbundene Transformation der Wirtschaft (S.16/17).

Ganz grotesk wird es auf der A5, wo nicht die Güter auf die Schiene, sondern der Strom zu den Lastwagen kommt und mit drei Millionen Euro der teuerste und Controlling nötigen personellen Ressourcen in kommunaler zu besichtigen ist. Hessen vorn!

Zeiterfassungstudien zur Arbeitszeit von Lehrkräften in Deutschland

Konzepte, Methoden und Ergebnisse von Studien zu Arbeitszeiten und Arbeitsverteilung im historischen Vergleich – Eine Expertise von Thomas Hardwig und Frank Mußmann im Auftrag der Max-Träger-Stiftung 2018

Zusammenfassung

Die Arbeitszeit von Lehrkräften in Deutschland wird durch ein Deputat-Stundenmodell geregelt. Lehrkräfte sollen durch ihr besonderes Arbeitszeitmodell nicht schlechter gestellt werden, als andere Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes. Zur Ermittlung der Arbeitszeit von Lehrkräften sind daher seit den 1950er Jahren etwa zwanzig wissenschaftliche Studien in Deutschland durchgeführt worden. Nach einer Einführung in den Gegenstand und Überblick über die Periode der Arbeitszeitentwicklung analysiert die Expertise im Auftrag der

Max-Träger-Stiftung die vorliegenden Forschungsergebnisse zur Arbeitszeit. Für den systematischen Vergleich wird in der Metastudie ein umfangreiches Analysekonzept entwickelt, welches sowohl die Methoden der Ermittlung, als auch die erzielten Ergebnisse vergleichbar macht und auswertet.

Die Studie kommt zu einem doppelten Ergebnis:

Erstens haben die Methoden der Arbeitszeiterfassung einen Stand erreicht, wo durch das Zusammenspiel von juristischer Entwicklung und Weiterentwicklung der Erfas-

sungsmethoden der Arbeitszeit heute ausreichend genau bestimmbar ist. Der Gesetzgeber und die Sozialparteien sind handlungsfähig und auferufen, die Arbeitszeit zu gestalten.

Zweitens zeigt die inhaltliche Auswertung, dass trotz erheblicher Veränderungen in den Schulen und ihren Rahmenbedingungen zentrale Befunde in der Substanz immer wieder bestätigt wurden: Lehrkräfte sind aufgrund zu hoher Arbeitszeitvorgaben gegenüber vergleichbaren Beschäftigten im Öffentlichen Dienst schlechter gestellt.

Es lassen sich bestimmte Einflussfaktoren auf die Arbeitszeit identifizieren und in ihrer Bedeutung grob quantifizieren. Zudem existieren extreme Streuungen in der Arbeitszeit zwischen einzelnen Lehrkräften. Auf der anderen Seite wurden relevante neue Trends identifiziert, die neue Wege in der Arbeitszeitgestaltung eröffnen: Der Anteil des Unterrichts hat sich über die Jahrzehnte reduziert, während nicht unmittelbar unterrichtsbezogene Tätigkeiten zugenommen haben.

Der Forschungsstand zeigt ferner, dass professionelle Einstellungen, Kompetenzen und „Ar-

beitsbezogene Verhaltens- und Erlebensmuster“ ebenfalls einen bedeutenden Einfluss auf die Länge der Arbeitszeit haben. Zum Abbau von bekannten quantitativen und qualitativen Belastungen sind deutliche arbeitspolitische Maßnahmen erforderlich. Arbeitszeitpolitik von Lehrkräften darf sich aber auch nicht auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen beschränken, sondern muss ebenso die Möglichkeiten gesundheitsförderlichen Verhaltens und verantwortlicher Arbeitsteilung in den Schulen mit in den Blick nehmen.

Bildung braucht bessere Bedingungen

Offener Brief zum Landeshaushalt an die Fraktionen im Hessischen Landtag.

GEW-Forderungen so gut wie nicht aufgegriffen

Sehr geehrte Damen und Herren, angesichts der laufenden Beratungen über den Haushalt 2020 des Landes Hessen möchten wir noch einmal an unsere Forderung nach einem Sofortprogramm für Bildung in Höhe von 500 Millionen Euro erinnern. Wir haben diese im Rahmen der letzten Landtagswahl erhoben und angesichts der guten Finanzlage zusätzliche Landesausgaben in dieser Höhe gefordert – verteilt auf die Bereiche Kita, Schule und Hochschule.

Diese Forderung ist im Rahmen unserer außerordentlichen Delegiertenkonferenz am 21. November 2019 noch einmal einstimmig bekräftigt worden. Leider sind – trotz guter Einnahmensituation – unsere Vorschläge so gut wie nicht aufgegriffen worden. Zu unserem Bedauern hält das Land sogar an der Reduzierung des Schuldenstandes fest. Dies ist ökonomisch nicht zu begründen, da aufgrund der Schuldenbremse die Schuldenstandsquote, die das relevante Maß für die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung darstellt, in den nächsten Jahren drastisch sinken wird.

Aus unserer Sicht wäre es ein Gebot der Generationengerechtigkeit, das Bildungssystem ausreichend zu finanzieren, anstatt am Ziel der so genannten „schwarzen Null“ festzuhalten oder Kredite zu tilgen.

Generell fallen die Ausgaben für Bildung in Deutschland und auch in Hessen gemessen an den eigentlichen Erfordernissen viel zu gering

aus. Zum einen ist die Bildungsinfrastruktur – also in erster Linie die Gebäudeinfrastruktur – häufig in keinem guten Zustand. In Deutschland insgesamt summiert sich der Investitionsstau gemäß der verfügbaren Studien auf rund 100 Milliarden Euro. Hiervon dürften wenigstens fünf Milliarden Euro auf Hessen entfallen. Wir möchten in diesem Zusammenhang nur an die drei wegen Einsturzgefahr geschlossenen hessischen Schulen im Jahr 2018 erinnern.

Solche Tilgungen machen jedoch auch deshalb keinen Sinn, weil man mit Tilgungen aus dem laufenden Haushalt fast 500 Jahre (!) brauchen würde, um die Schulden von rund 43 Mrd. Euro abzubauen. Ein unsinnigeres Verfahren kann man sich kaum vorstellen.

Zum anderen sieht es mit Blick auf die Personalausstattung in allen Teilsegmenten des hessischen Bildungssektors nicht gut aus – hier ist eine deutliche Steigerung erforderlich. So fehlen, wenn angemessene Personalschlüssel zugrunde gelegt werden, in Hessen zwischen 9.000 und 10.000 Erzieherinnen und Erzieher. Gerade die frühkindliche Bildung ist zu Recht in den vergangenen Jahren in den Fokus der Bildungsforschung gerückt: Bildungsprozesse in der frü-



hen Kindheit legen die Grundlage für die Schulzeit und den weiteren Lebensweg. Für eine hohe Qualität in der frühen Bildung ist eine ausreichende Zahl von ausgebildeten Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen die zentrale Größe.

Im Schulbereich besteht ein erheblicher Mangel an ausgebildeten Lehrkräften, der sich in den nächsten Jahren erhöhen wird. An den allgemeinbildenden Schulen gilt dies insbesondere für die Grundschulen. Hier sollte Hessen endlich zur Besoldung nach A 13 wechseln. Aktuell bezahlen bereits sieben Bundesländer ihre Grundschullehrkräfte nach A 13 und auch die Mehrheit der A 12-Bundesländer entlohnt ihre Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen besser. Hinzu kommt, dass Hessen die höchste Pflichtstundenzahl aller Bundesländer aufweist. Unter diesen Bedingungen dürfte Hessen zukünftig immer größere Schwierigkeiten bekommen, den Lehrkräftebedarf zu decken.

Zudem steht gerade der Schulbereich durch die Umsetzung der Inklusion und dem – auch von der Landesregierung zumindest angekündigten – Ausbau des Ganztags vor der Aufgabe, den steigenden Fachkräftebedarf in den kommenden Jahren zu sichern. Zu bedenken ist dabei, dass eine sehr große Zahl von Lehrkräften schon jetzt über einen kaum noch zu bewältigenden Anfall von Aufgaben klagt. In den zu Hauf gestellten Überlastungsanzeigen der vergangenen Jahre werden zahlreiche Punkte angeführt, die die Arbeitsbelastung massiv erhöht bzw. die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben – hierzu zählt unter anderem die Unterbesetzung an Schulen, zu große Klassen, die Erteilung von fachfremdem Unterricht, steigender Dokumentations- und Verwaltungsaufwand, befristete Beschäftigung, die weitgehende Verweigerung der Übernahme von

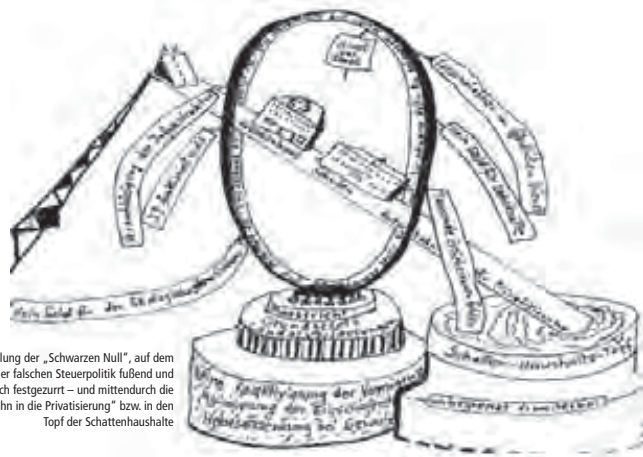
Fortbildungskosten, die Übernahme von Hausmeister Tätigkeiten und bauliche Mängel.

An den hessischen Hochschulen haben sich Betreuungsrelationen erheblich verschlechtert, da der Anstieg der Hochschulbeschäftigten deutlich hinter der Erhöhung der Studierendenzahlen zurückbleibt. Hinzu kommt, dass rund 85 Prozent der etwas mehr als 10.000 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den hessischen Hochschulen befristet beschäftigt sind und auch in der Verwaltung ein deutlicher Trend zu Befristungen zu beobachten ist. Dies ist mit massiven negativen Konsequenzen für die Qualität von Forschung, Lehre und Verwaltung sowie für die Lebens- und Karriereplanung der Beschäftigten verbunden.

Aus unserer Sicht wäre es ein Gebot der Generationengerechtigkeit, das Bildungssystem ausreichend zu finanzieren, anstatt am Ziel der so genannten „schwarzen Null“ festzuhalten oder Kredite zu tilgen.

Wir haben unser 500 Millionen Euro-Sofortprogramm aufgestellt, um einen ersten Schritt in Richtung hin zu einem angemessen ausgestatteten Bildungssystem zu gehen. Uns ist bewusst, dass die – sich aus den voranstehenden Ausführungen ergebenden – notwendigen Ausgabenbedarfe im Bereich der Investitionen und des Personals über die angesprochenen 500 Millionen Euro hinausgehen. Deshalb setzen wir uns aus Gründen der Generationengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit auch für die Abschaffung der Schuldenbremse sowie die Wiedererhebung der Vermögenssteuer ein.

*Die Vorsitzenden der GEW
Hessen, Birgit Koch und
Maike Wiedwald,
20. Dezember 2019*



Darstellung der „Schwarzen Null“, auf dem Sockel einer falschen Steuerpolitik fußend und gesetzlich festgezurrt – und mittendurch die „Rutschbahn in die Privatisierung“ bzw. in den Topf der Schattenhaushalte

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Hessen-Thüringen

DGB

Kritik an Schuldenbremse –

Evaluation des Investitionsstaus und des Fachkräftebedarfs gefordert

Angesichts der haushalts- und finanzpolitischen Fragen, den Landeshaushalt 2020 in Hessen betreffend, fordert der DGB die Regierungsfaktionen auf, mehr Geld in Bildung und Infrastruktur zu investieren. Dazu Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen:

„Die Landesregierung muss sich mit der Frage befassen, wie hoch der Investitionsstau in Hessen tat-

sächlich ausfällt. Die Investitionen von Land und Kommunen sind seit Jahren viel zu gering. Hier muss jetzt Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen gezeigt und mehr Geld, beispielsweise für den Verkehrswege- und Schulbau, bereitgestellt werden. Außerdem gibt es in zentralen wirtschaftspolitischen Feldern, wie dem Bildungsbereich, kaum noch Fachkräfte. Allein schon am Beispiel der vielen, fehlenden, ausgebildeten Lehrkräfte

und dem enormen Mangel an Erzieherinnen und Erziehern, wird das deutlich.“

Eine Vogel-Strauß-Politik ist nicht hilfreich, so Rudolph, denn: „Wir haben vor der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung gewarnt, doch die damalige Landesregierung hat nicht reagiert. Und Schwarz-Grün tut es jetzt auch nicht. Die Folge sind zahlreiche Überlastungsanzeigen von Lehrerinnen und Lehrern; und von Hessens Schuldecken bröckelt der Putz. Es ist unbegreiflich, dass Finanzminister Schäfer die Schul-

denbremse weiter als Erfolgsmotiv zu verkaufen versucht; und immer wieder hohe Investitionen versprochen werden, während in Hessen die öffentliche Infrastruktur wortwörtlich zerfällt. Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung endlich eine ehrliche Bestandsaufnahme vornimmt. Sie darf nicht selbst zu loben, aber die notwendige und überfällige Evaluation des Investitionsbedarfs strikt zu verweigern, ist unehrlich und unverantwortlich!“

*Pressemitteilung
vom 12. November 2019*

A-13

**für Grundschullehrkräfte
– hessenweit – auch in Frankfurt.
Diesmal bei der CDU und den
Grünen**



13. November 2019



Über 50 Abgesandte von umliegenden Grundschulen haben am 13.11.2019 nicht vor dem Staatlichen Schulamt wie in den Jahren davor, sondern vor den Parteizentralen von CDU (Foto links und ganz unten links) und Grünen (unten) in Frankfurt demonstriert, wo die verantwortlichen Politiker jedoch durch Abwesenheit glänzten.



In einem Demonstrationszug bewegten sich die GrundschulkollegInnen vom CDU-Büro an der Konstablerwache zum Grünen-Büro in Sachsenhausen. Dabei die Koffer mit Aufklebern der Bundesländer, die ihre Grundschullehrkräfte bereits nach A-13 bezahlen, und einem Gartenzwerg für die Ignoranz der hessischen Landesregierung.



Bericht aus dem Bildungs- und Integrationsausschuss

Ausschuss vom 28. Oktober 2019

Bericht der Dezernentin:

Frau Weber gratuliert dem wiedergewählten Stadtschulsprecher Paul Harder.

Am 31.10.2019 soll es eine Bilanzveranstaltung ganztägig arbeitender Schulen geben.

In Bockenheim gebe es ab November neue Räume in der Bibliothek in der Kurfürstenstraße. Dort seien dann auch Veranstaltungen möglich.

Seit August werde vom Elternbeiratsvorstand der Viktor-Frankl-Schule und vom Verein Gemeinsam Leben ein offener Treff, ein Nachmittagsangebot für Kinder mit Einschränkungen, angeboten.

Im Rahmen des Bildungsdialogs im Frankfurter Westen sei ein zusätzlicher Grundschulstandort identifiziert worden, auch das Kitapersonal soll aufgestockt werden.

Über die Installation von WLAN sei in der Römer-Koalition eine Einigung erzielt worden. Im Frühjahr werde es eine begleitende Evaluation geben und vor den Sommerferien 2020 einen Bericht und eine Perspektive, wie es weitergeht.

Die Personalsituation des Stadtschulamtes habe sich von ehemals 77 Prozent Besetzungsgrad Anfang 2018 auf mittlerweile 82 Prozent Besetzungsgrad verbessert. Für den Zeitraum von 2017 bis 2021 seien 89 Stellen neu eingerichtet worden, aber noch nicht alle seien besetzt. Die Wiederbesetzungssperre für das Amt sei aufgehoben. 2018 seien 125 Besetzungsverfahren und 2019 sogar 150 durchgeführt worden. Das Facility Management sei ans ABI abgegeben worden.

Zur Auseinandersetzung um neue Vorstellungen zur Erweiterung der Europäischen Schule zu Lasten der Ernst-Reuter-Schule II erklärt die Dezernentin, dass die Sanierungspläne für die ERS II mit dem Denkmalschutz abgestimmt seien, dass die Sanierungen bereits ausgeschrieben seien und dass in der Römer-Koalition beschlossen sei, dass Grundlage für die ERS II der beschlossene Sanie-

rungsplan sei. Ein wie auch immer gestalteter ins Gespräch gebrachter „städtebaulicher Wettbewerb“ dürfe die Sanierung der ERS II nicht verzögern.

Herr Schneider vom bueroschneidermeyer stellt die Entwicklung und die Ergebnisse des Planungsrahmens für weiterführende Schulen in Frankfurt vor (der PP-Vortrag kann beim Stadtschulamt angefordert werden).

Im Rahmen der BürgerInnenrunde tragen Frau Schuler und Herr Duru die massiven Probleme an der Münzenberg-Schule vor. Wir



Christina Avellini, Ingeborg Ulrich, Herbert Storn (v.r.)



Ausschuss für Bildung und Integration (B)

Der Ausschuss setzt sich gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.5.2016 aus 21 Mitgliedern (5 CDU, 5 SPD, 3 GRÜNE, 2 AfD, 2 LINKE, 1 FDP, 1 BFF, 1 FRAKTION, 1 FRANKFURTER) zusammen.

Er berät und entscheidet unter anderem über Angelegenheiten und Belange aus den Bereichen: Schule - Volkshochschule - Kindertagesstätten - Stadtbüchereien.

Des Weiteren befasst er sich mit Angelegenheiten, die ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Aussiedler und Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, betreffen.

Quelle: www.frankfurt.de / Alle Dokument aus dem PARLamentsInformationsSystem der Stadt Frankfurt am Main unter: <http://www.stvw.frankfurt.de/parlis2/parlis.html>

haben in der letzten FLZ berichtet (siehe dazu auch das Interview mit Frau Schuler).

Ein entsprechender Antrag der Linken wurde vertagt.

Stadtschulsprecher Paul Harder gemeinsam geplant und diese Pläne sollen zeitnah umgesetzt werden. Wichtig ist es hier, alle Betroffenen, also Lehrer*innen, Schulleitung, Eltern und Schüler*innen und deren Bedürfnisse miteinzubeziehen. Auch die (Sport-) Vereine und die sozialen Einrichtungen im Stadtteil sollten hier einbezogen werden.

14 (Fahrtkostenübernahme für alle Frankfurter Schülerinnen und Schüler).

Die meisten Anträge wurden zurückgestellt.

Beschlossen wurde, die Realisierung der zusätzlichen Grundschule in der Gotenstraße in Unterliederbach schnellstmöglich voranzutreiben.

Fortsetzung auf Seite 7 oben

„Diese Flickenschusterei, die ich häufig beobachte, kostet nur Geld und ist eine kurzfristige Maßnahme zur Verbesserung. Das eigentliche Problem wird so aber nicht gelöst.“ Interview mit Kira Schuler zur Münzenbergerschule



FLZ: Bereits im Bildungsausschuss am 13. Mai 2019 stand die Münzenbergerschule auf der Tagesordnung. Damals wurde ein Antrag der Linken zurückgestellt, der forderte, „zeitnah das Gespräch mit den Eltern von Münzenberg-Schüler*innen zu suchen, um eine Lösung für den akuten Raummangel zu erarbeiten und Strategien für eine bessere, schnellere und effektivere Kommunikation zu entwickeln.“

Im Bildungsausschuss am 28. Oktober 2019 haben Sie und ein weiterer Kollege die dramatische Situation der Schule geschildert.

zur Person

Kira Schuler ist Kinderbeauftragte der Stadt Frankfurt in Eckenheim und staatliche Anerkannte Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin. Seit 2015 setzt sie sich als Kinderbeauftragte für den Stadtteil Eckenheim ein. Sie sieht es als ihren Auftrag an, sich für die Rechte der Kinder einzusetzen und betreibt somit „Lobbyarbeit“ für Kinder. Sie setzt sich dafür ein, dass Kinder auch auf politischer und institutioneller Ebene Gehör finden und beschäftigt sich deswegen nun schon lange mit der Münzenbergerschule und den dort dringend benötigten Baumaßnahmen.

Aber alle Ihre Bemühungen um eine Beschleunigung wurden vom Amt für Bau und Immobilien (ABI) relativiert....

Schuler: Ja, leider. Die Kommunikation mit den Ämtern gestaltete sich lange Zeit als sehr schwierig. Deswegen waren wir auch im Bau- und Bildungsausschuss, um auf die Situation an der Münzenbergerschule aufmerksam zu machen.

Mittlerweile stehen die Container auf dem Schulgelände und es darf gehofft werden, dass sie im neuen Jahr auch bezogen werden können. Allerdings ist dies ja nur ein kleiner Schritt, denn nun müssen die anderen Baustellen endlich angegangen werden. Das Vorderhaus ist marode, die Turnhalle ebenso, und durch den Container ist der Schulhof so geschrumpft, dass die Kinder dort kaum mehr Platz in den Pausen und am Nachmittag haben.

Die ehemalige Schulleiterin Heidi Bachmayer hat in der FLZ 2/2019 geschildert, wie alt die Sanierungsmaßnahmen schon sind. Wie erklären Sie es sich, dass Abhilfen mehrerer Jahrzehnte (!) dauern?

Das kann ich mir eigentlich nicht erklären. Der erste Antrag zur Turnhalle wurde ja schon gestellt, bevor ich auf der Welt war. Doch in den letzten Jahrzehnten ist der Sanierungsstau, der ja unzählige Frankfurter Schulen betrifft, kaum abgebaut worden. Dazu kommen ja noch die Schulen, die neu gebaut werden müssen, da die Schülerzahlen steigen. Es sind einfach sehr viele Gebäude um die sich nun gekümmert werden muss.

Problematisch finde ich hierbei, dass häufig nur kleine Maßnah-

men umgesetzt werden, zum Beispiel wird seit Jahren die Heizungsanlage der Turnhalle der Münzenbergerschule immer wieder repariert. Das halte ich für sinnfrei, denn eigentlich sollte dieses Gebäude ja schon vor 30 Jahren abgerissen und neugebaut werden. Diese Flickenschusterei, die ich häufig beobachte, kostet nur Geld und ist eine kurzfristige Maßnahme zur Verbesserung. Das eigentliche Problem wird so aber nicht gelöst.

Wie ist der aktuelle Stand der Dinge?

Schuler: Wie erwähnt steht nun seit Dezember die Containieranlage auf dem Hinterhof. Wann hier eingezogen werden kann, weiß ich nicht, hoffe aber, dass es Anfang des Jahres passiert.

In meinem letzten Gespräch mit dem „ABI“ wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die Machbarkeitsstudie, die benötigt wird, um die weiteren Baumaßnahmen an der Schule zu planen, nun endlich begonnen werden kann. Hier soll nun bestimmt werden, ob das Vorderhaus abgerissen und neugebaut oder nur saniert werden soll. Doch für mich steht eigentlich fest: Es braucht einen kompletten Neubau. Denn selbst wenn das Gebäude vielleicht noch zu retten wäre: Eine Grundschule heute benötigt ganz andere Räume und Raumaufteilungen als das Gebäude in seiner jetzigen Form bietet.

Und was sind ihre aktuellen Forderungen?

Zu allererst hoffe ich, dass es nun endlich vorangeht und die ganzen Abläufe, die es benötigt, bis endlich gebaut werden kann, beschleunigt werden. Nur weil jetzt

die Container stehen, ist das Problem ja nicht gelöst – es muss schnell gebaut werden und zwar so, dass alle Gebäudeteile (Turnhalle, Verwaltungstrakt und Vorderhaus) gemeinsam geplant und diese Pläne dann auch zeitnah umgesetzt werden. Wichtig ist es hier, alle Betroffenen, also Lehrer*innen, Schulleitung, Eltern und Schüler*innen und deren Bedürfnisse miteinzubeziehen. Auch die (Sport-) Vereine und die sozialen Einrichtungen im Stadtteil sollten hier einbezogen werden.

Als allererstes wäre es mir aber wichtig, dass die Problematik des beengten Schulhofs gelöst wird. Durch die Aufstellung der Container ist nun auch das große Spielgerüst nicht mehr nutzbar, der Platz, den die Kinder zum Fußballspielen hatten, fällt ebenfalls weg. Hier müssen schnell kreative Lösungen her, denn für die Kinder bedeutet die lange Umbauphase des Hinterhofs viel Stress. Sie haben selbst gemerkt und mir berichtet, dass durch den Platzmangel in den Pausen mehr Konflikte entstehen und sie wenig Möglichkeit haben, die Pausen als

das zu nutzen, für das sie da sind: Für Freizeit, Spaß und Erholung. *Mit welchen Schritten wollen Sie Ihre Forderungen begleiten? Und welche Bündnispartner wünschen Sie sich?*

In den letzten Monaten ist viel passiert. Das hat auch damit zu tun, dass sich so viele Menschen für die Schule und ihre Schüler*innen einsetzen und zum Beispiel im Bildungsausschuss ihre Forderungen vorbringen. Ich glaube, das hat viel dazu beigetragen, dass die Münzenbergerschule und ihre Problematik nun auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Sowohl die Stadt und ihre Ämter als auch der Ortsbeirat sehen die Problematik und handeln danach. Ich hoffe, dass das so bleibt und wünsche mir, dass dies nun auch dazu führt dass es schneller vorangeht.

Auch die Kommunikation zwischen der Schulgemeinschaft und den verschiedenen beteiligten Ämtern war lange Zeit problematisch. Hier gab es erste Verbesserungen, so dass jetzt Informationen besser weitergegeben werden.





Proteste im Römer beim Bildungsausschuss am 2. Dezember 2019

Fortsetzung von Seite 7

Ausschuss vom 2. Dezember 2019

Betreuung an der Michael-Grizmek-Schule/Niedereschbach

Der Elternbeirat fordert mehr Betreuungsplätze an der Grundschule. In einem von 200 Eltern unterschriebenen Brief wird auf den zunehmenden Mangel an Ganztagesplätzen hingewiesen, der eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf unmöglich mache. Letztes Schuljahr seien zehn Familien unversorgt geblieben. Es könne nicht sein, dass erst im Februar eine definitive Zusage für einen Ganztagesplatz erfolge, bei einer Absage verzweifelt nach einer Alternative geschaut werden müsse und im schlimmsten Fall fristgerecht die Arbeitsstelle gekündigt werden müsse. Dies sei sowohl für die Eltern als auch für die Arbeitgeber nicht hinnehmbar und dieses „Zittern“ um den Betreuungsplatz wiederhole sich alle Jahre wieder.

Bemängelt wird, dass Frau Weber, trotz Einladung nicht zu den Sitzungen des Ortsbeirates gekommen sei, um sich dort über die Probleme zu informieren. Herr von Wangenheim (FDP) bemängelt ebenso, dass Frau Weber die Einladung des Ortsbeirates nicht wahrgenommen habe und fordert die Schaffung von mehr Hortplätzen. Dazu müsse die Stadt mehr Geld bereitstellen.

Frau Weber sagt, dass das Ziel sei, die Hortkapazitäten auf 65 Prozent zu erhöhen und dass in Frankfurt ein hoher Bedarf nach Ganztagesplätzen bestehe. Dazu seien im Haushalt bereits 11 Mio. Euro mehr eingestellt worden, der Etat von 44 Mio. auf 55 Mio. Euro erhöht worden.

Der Forderung der Grünen, den KITA-Entwicklungsplan im Bildungsausschuss vorzustellen, komme sie Anfang des Jahres 2020 nach. Mit der Schule soll es einen runden Tisch geben. Frau Weber fordert ausdrücklich auf, Leerstände zu melden. Sie sei auf Hilfe angewiesen, um für die Schule eine schnelle Lösung zu finden.

Erhöhung der Zuschüsse für Jugendeinrichtungen

Die Jugendeinrichtungen stehen unter Druck: Sie müssen entweder ihre Öffnungszeiten einschränken oder Stellen kürzen, um mit ihren Etats zurecht zu kommen, die sich seit einigen Jahren nur gering erhöht haben – bei gleichzeitiger Erhöhung der Tarife. Es wird eine deutliche Erhöhung der Gelder für die Jugendeinrichtungen gefordert.

Frau Weber sagt, dass hierfür das Dezernat für Kitas, Horte und Krippen der freien Träger zuständig sei, dass dies eher ein Thema für den Sozialausschuss und den Jugendhilfeausschuss sei. Sie weist darauf hin, dass in der mit den freien Trägern getroffenen Leistungsvereinbarung auch eine Tarifierhöhung enthalten sei, im Haushalt 2020 mache das 3 Prozent mehr aus.

Grundschule Europaviertel

Die Eltern fordern, dass die Grundschule im Europaviertel nur 4-zügig bleiben solle. Bereits jetzt gebe es Platzmangel, durch die Containeraufstellung gehe es sehr beengt zu, pro Schüler stünden lediglich vier Quadratmeter Freiraum zur Verfügung. Da in die neue Schule erst

2023/24 eingezogen werden könne, dürfe das bestehende Containerprovisorium nicht noch auf Kosten der Freifläche erweitert werden.

Die Frage der Zügigkeit blieb bei einem Gespräch in der Europaschule zusammen mit Frau Weber und Herrn Schneider offen. Es werde geprüft, ob die Finanzierung eines Neubaus nicht früher möglich sei.

Einrichtung eines Jugendparlaments (die bisher vorliegenden Anträge wurden immer wieder zurückgestellt)

Ein Vater teilt mit, dass seine Tochter erstmalig an einer Ortsbeiratssitzung teilgenommen habe und dass sie so beeindruckt gewesen sei, dass sie sich jetzt für die Einrichtung eines Jugendparlaments einsetze.

Er meint, dass die Jugendlichen sowohl einen Coach als auch einen Raum bräuchten, um diese politischen Teilhabeprozess „üben“ zu können. Er fände, dass die Jugendhäuser dafür eine gute Anlaufstelle sein könnten. Leider gebe es diese aber nicht in jedem Stadtteil.

Frau Weber sagt, dass es zu einem Beteiligungsprozess kommen werde, dass aber das ganze Stadtgebiet abgedeckt sein müsse.

Stadtschülersprecher Harder erwähnt die aktuelle Idee, zusammen mit dem Oberbürgermeister in die Schulen zu gehen, um die Interessen der Jugendlichen genauer zu erfahren. Die Sozialdezernentin sei mit eingebunden.

Ernst-Reuter-Schulen / Europäische Schule

(siehe hierzu auch das Interview mit Schulleiter Schneider und die Protesterklärung der Eltern)

Kollegin Holitzki von der Ernst-Reuter-Schule II fordert für die gesamte Schulgemeinde die Sanierung der Schule und des Schwimmbades einschließlich aller Planungsleistungen von 2019 sofort umzusetzen. Bereits im Jahr 2013 seien 1,6 Mio. Euro im Haushalt eingestellt worden, die aber nicht abgerufen worden seien. Eltern und Schüler hätten ein Jahr lang zusammen mit einem Architekturbüro im Jahr 2017 an der sog. Planungsphase 0 gearbeitet. Jetzt sei eine erneute Machbarkeitsstudie durch Baudezernent Schneider erfolgt, ohne dass die Schulgemeinde miteinbezogen worden sei. Das Ergebnis dieser Studie, die auch eine Verringerung der Fläche der ERS-Schulen um 19.000 qm vorsehe, habe die Schulgemeinde erst durch die Presse erfahren.

Aber bereits eine Machbarkeitsstudie vom Bund unter der ehemaligen Bildungsdezernentin Sorge habe ergeben, dass eine Er-

weiterung der europäischen Schule an ihrem jetzigen Standort nicht möglich sei.

Der Vorwurf an Herrn Schneider wurde laut, dass die Schule auch unter Druck gesetzt werde, denn wenn die Schule rasch der neuen Machbarkeitsstudie zustimmen würde, könne auch eine Sanierung bald beginnen. Es sei auch von „nutzlosen“ Grünflächen die Rede, die aber sehr wohl von großer Bedeutung für das Schulprofil sind.

Die Schulgemeinde fordert Herrn Schneider auf, von den in der neuen „Machbarkeitsstudie“ erwähnten Plänen Abstand zu nehmen und die Sanierung aufgrund der Planungsphase 0 zu beginnen. Der Schulleiter, Herr Schneider, erläutert detailliert die Fehlerhaftigkeit und Unvollständigkeit der „Machbarkeitsstudie“ von Baudezernent Schneider. Zu berücksichtigen sei, dass das komplette Gelände, nicht nur die Gebäude, sondern das gesamte Ensemble unter Denkmalschutz stehe. Auch das einzigartige Schulprofil, das Schulprogramm der ERS II als IGS und in hohem Maße inklusiv arbeitende Schule werde bei der „Machbarkeitsstudie“ nicht eingebunden. Das Gelände der ERS sei bereits zweimal beschnitten worden: unter der Bildungsdezernentin Ebeling war es die 400m-Bahn, unter Frau Sorge wurde die Schwimmhalle als Traglufthalle umgewidmet und der europäischen Schule zugeordnet.

Der Schulleiter ruft dem Bildungsausschuss die bereits festgehaltenen Ergebnisse der Planungsphase 0, die in Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro Landwehr und der Schulgemeinde erfolgte, ins Gedächtnis. In dieser Planungsphase 0 wurde folgender Mehrbedarf der ERS aufgelistet: Schwimmhalle, Sporthallen in ausreichendem Umfang, zwei separate Gebäude für die Naturwissenschaften (jeweils für Sek. I und Sek. II), eine Aula beim Neubau, ein sog. „Sozialzentrum“, in dem die Mensa und die GTB-(Ganztages-)betreuung mit dem Profil II untergebracht werden.

Auf dem Plan der neuen „Machbarkeitsstudie“ erscheinen die Gebäude für die Naturwissenschaften nicht mehr, die Schwimmhalle ist nicht maßstabsgerecht umgesetzt, es gibt nur eine 25m-Bahn.

Der Schulleiter betont, dass die ERS II eine im Bauhaus-Stil errichtete Schule in der Nordweststadt sei, als Campus angelegt worden sei und unter Denkmalschutz stehe. Dies gelte nicht nur für die Gebäude selbst sondern auch für seine Grünflächen und für das für die Bevölkerung durchlässig gestaltete Ensemble. Dies sei bewusst so als zentraler Bestandteil der Nordweststadt angelegt worden. Eine Bebauung am Rande des Geländes der ERS II durch mehrstöckige (5- bis

6-Stöckige) Gebäude der europäischen Schule, so wie in der neuen „Machbarkeitsstudie“ vorgesehen, würden der ERS II diese zentrale Stellung in diesem Ensemble nehmen und widersprechen damit den Vorgaben des Denkmalschutzes (oberste Denkmalschutzbehörde Hessen, 2017). Diese Freiflächen könnten somit nicht für eine hohe Randbebauung genutzt werden.

Der Schulleiter sagt, dass die Kinder und ihre Schule im Mittelpunkt stehen müssten. Die Frei-/Grünflächen, in der „Machbarkeitsstudie“ als „schlecht nutzbare“ Restflächen benannt, seien enorm wichtig für das Schulprofil der IGS: Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt GE seien dort zum Beispiel im Rahmen ihrer praktischen Bildungsphase tätig und pflegten mit professionellen Gerätschaften wie zum Beispiel Traktoren das Gelände. Auch werden Konzepte für Tierhaltung auf diesen Flächen umgesetzt, um die sich dann inklusiv alle Kinder und Jugendliche kümmern. Nach den zweimalig erfolgten Geländereduzierungen der ERS II sei nun mit dieser „Machbarkeitsstudie“ das Schulprofil betroffen.

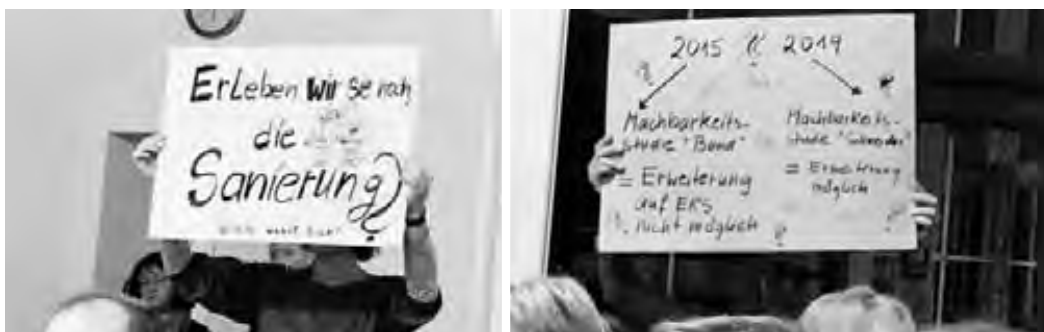
Eine weitere Kollegin der ERS II ärgert sich über den Begriff der „nutzlosen Restflächen“, der sog. schlecht nutzbaren Flächen. Sie als Biologielehrkraft nutze diese Flächen zusammen mit ihrem Kollegium sehr intensiv: es gibt Insektenhäuser, Eidechsen, verschiedenste Blumenrabatte. Das Gelände werde im Rahmen von Projektprüfungen und Praxisphasen genutzt.

Baudezernent Schneider nennt als Hintergrund für diese „Machbarkeitsstudie“ die Sanierung der ERS II bei gleichzeitiger Erweiterung der Europäischen Schule. Alle drei Schulen hätten einen zusätzlichen Bedarf für 400 bis 500 Schüler. Für die europäische Schule würden die durch den Bund vorgegebenen Standards zu Grunde gelegt: das betreffe die Stellplätze für Autos, überirdisch, während die Busparkplätze zum Beispiel unter die Erde verlegt werden könnten. Bei den Grundstücken, die dem Gelände der ERS II entzogen und der Europäischen Schule zugeordnet würden, handle es sich um etwa gleich große Flächen; lediglich die Grenzen verschoben sich, so dass die Schulen vernünftig wachsen könnten. Herr Schneider räumt Fehler bei der „Machbarkeitsstudie“ ein, so solle das Architekturbüro Landwehr mit ins Boot geholt werden und das Wissen aus der Planungsphase 0 miteinfließen, wobei die Bedarfe abgebildet bleiben müssten. Er räumt Versäumnisse ein, dass die Informationen zur Studie nicht zuerst an die ERS II gegangen seien. Er sagt eine Teil-



Foto links und S. 6: Münzenbergerschule, Fotos: Schüler

Fortsetzung auf Seite 8



Proteste im Römer beim Bildungsausschuss am 2. Dezember 2019

Fortsetzung von Seite 7: Bericht aus dem Bildungs- und Integrationsausschuss

nahme an der nächsten Ortsbeirats-sitzung zu.

Frau Weber spricht sich für eine umfassende Sanierung der ERS II aus, die entsprechenden Kostenmittel werden eingestellt. Hinzu komme die Sanierung der Schwimmhalle, der Sporthallen und des Schultheaterstudios. Sie mache keinen Hehl daraus, dass sie mit Herrn Schneider nicht übereinstimme. Bereits im Mai 2019 sei alles mit dem Denkmalschutzamt abgestimmt worden, so dass mit der Umsetzung begonnen werden könne auf Grundlage eines Architektenwettbewerbs.

Was die Europäische Schule und die Suche nach einem neuen Grundstück für diese betreffe, so sei noch nicht klar, ob wirklich alle Flächenprüfungen beendet seien. Statt einer Multifunktionshalle am Kaiserlei könne dort auch eine neue europäische Schule gebaut werden. Auch sei noch nicht entschieden, ob der Standort des jetzigen Stadtschulamtes in der Seehofstraße nicht auch als neues Grundstück zur Verfügung stehe. Dort könne auch 7-stöckig gebaut werden. Zudem habe die europäische Schule kein Interesse, sich am derzeitigen Standort zu vergrößern, die Schulgemeinde lehne einen Neubau an diesem Standort ab. Es solle auch geprüft

werden, ob die Stadt Frankfurt ein Grundstück zur Verfügung stellen müsse oder ob nicht auch eine Umlandgemeinde dies übernehmen könne.

Frau Pauli (Die Linke) fordert beide Dezenten auf, sich kundig zu machen, ob die Stadt selbst ein Grundstück für die europäische Schule bieten muss und dann eine definitiv gültige Aussage dazu den Fraktionen vorzustellen, um den Streit hierüber zu beenden.

Herr von Wangenheim (FDP) meint, dass es nicht sein könne, nur weil keine bessere Lösung gefun-

den werde, mit dem Schulprofil der ERS II zu „spielen“, was letztendlich auch die ganze Nordweststadt betreffe. Er plädiere in diesem Falle dafür, „der ERS II zu geben und der Europäischen Schule zu nehmen“.

Übergang 4/5

Die Leiterin des Staatlichen Schulamtes, Frau Spyra, und Herr Sauerhoff erläutern die neue Verfügung des KUMIs zum Übergang 4/5. Individuelle, durch die Schule festgelegte Auswahlkriterien sind nicht mehr zugelassen. Nach § 70 des HSchG gelten folgende Kriterien:

1. Sog. Härtefälle (z.B. im Rahmen der inklusiven Beschulung)
2. Die Wahl der ersten Fremdsprache
3. Weitere vom HKM zugelassene Kriterien:
 - Schwerpunkt Musik
 - Schwerpunkt Sport.

Weiterhin können Geschwisterkinder aufgenommen werden. Damit enden die individuellen Auswahlmöglichkeiten der Schulen.

Nur bei Schulen, die über ihre Kapazität hinaus angewählt werden, greift dann anschließend das Losverfahren.

Frau Weber teilt mit, dass es zwei Schulen gebe, die Anträge ge-

stellt haben, auch den Schwerpunkt „Mint-EC“ als Auswahlkriterium durch das HKM zuzulassen. Auch haben zwei weitere Schulen für ihr jeweiliges Fremdsprachenkonzept entsprechende Anträge auf Zulassung gestellt.

Bericht der Dezernentin

Die SG Bornheim wird als Pilotprojekt benannt. Sie bietet Mittagessen, Hausaufgabenhilfe, Sportangebote an und fördert die Sprachentwicklung der Kinder und Jugendlichen.

WLAN: Es gibt bereits 14 Pilot-schulen, weitere 15 Schulen werden über ekom21 mit technischer und konzeptioneller Ausstattung versorgt. Die Berufsschulen werden priorisiert, bis Mitte Dezember sollen die Schulen eine Rückmeldung geben. Restliche Plätze könnten an allgemeinbildende Schulen gegeben werden. In der ersten Jahreshälfte sollten diese Schulen dann angebunden sein.

Die Ausführungsbestimmungen zum Digitalpakt wurden im Staatsanzeiger veröffentlicht. Die Schulen müssen Anträge stellen.

Campus Westend: für die Paul-Ehrlich-Schule und die Ludwig-Erhard-Schule gibt es einen städtebaulichen Wettbewerb. Die Schulen/der Campus soll sich zum Stadtteil öffnen. *Ingeborg Ulrich*



Pläne für die Paul-Ehrlich- und die Ludwig-Erhard-Schule sowie eine Grundschule in Frankfurt Höchst



Frankfurt lernt dazu: Durch Personalaufstockung und ABI mehr Investitionen

„160 Millionen Euro in Bildung investiert“ meldet Bauderzernent Schneider laut FR von Silvester 2019. Das klingt gut, noch besser klingen die nachfolgenden Sätze: „Die Stadt Frankfurt hat im laufenden Jahr – anders als in den Vorjahren – das für Bildungsinvestitionen zur Verfügung stehende Budget im Haushaltsplan voll ausgeschöpft.“ Soweit die FR-Meldung.

Das wäre allerdings wirklich sensationell. Denn noch der kürzlich erschienene Jahresabschluss für 2018 bestätigte leider den Trend der Vorjahre:

Im Haushalt bereitgestellte Finanzmittel werden nicht abgerufen und damit Investitionen verzögert, weil das nötige Personal für Planung und Controlling fehlt oder nicht ausreicht

Dazu die Angaben aus dem Jahresabschluss 2017 und 2018 für Frankfurt am Main:

■ 2017

Nur 31 Prozent der bereit gestellten Mittel für Investitionen abgerufen! „Missverhältnis zwischen Veranschlagungen, tatsächlichen Inanspruchnahmen und Budgetüberträgen weiter auf hohem Ni-

veau.“ (Jahresabschluss 2017 der Stadt Frankfurt am Main)

■ 2018

Alle folgenden Zitate sind aus dem Jahresabschluss 2018 der Stadt Frankfurt am Main S. 21f:

„Sollte sich der Trend der Vorjahre festsetzen, ist jedoch davon auszugehen, dass eine mögliche Inanspruchnahme der vorgetragenen Mittel zu keinem oder nur zu einem geringfügigen Liquiditätsbedarf führt, da die Budgetüberträge im Schnitt dem Niveau der Vorjahre entsprechen und in der Gesamthöhe nicht wesentlich abgebaut werden.“

„Für die Umsetzung von Baumaßnahmen wurden 214,03 Mio. Euro ausgezahlt. Da hierfür zusätzlich noch Budgetüberträge von 486,75 Mio. Euro zur Verfügung standen, wurde das zur Verfügung stehende Budget lediglich zu rund 30 Prozent ausgeschöpft.“

„Hervorzuheben bleibt damit, dass das fortgeschriebene Soll im Investitionsprogramm wie in den Vorjahren nicht annähernd ausgeschöpft wurde und das Missverhältnis zwischen Veranschlagungen, tatsächlichen Inanspruchnahmen und Budgetüberträgen weiter auf hohem Niveau verbleibt.“

Von daher hatte die GEW seit langem angemahnt:

Eine falsche ökonomische Kategorisierung mit fatalen Folgen muss überwunden werden!

Finanzmittel für ‚Sachmittel‘ bei Bau oder Sanierung von staatlichen/kommunalen Gebäuden bereitzustellen, gilt als „investiv“. Finanzmittel für das begleitende planende und kontrollierende Personal bereitzustellen, gilt als „konsumtiv“.

Diese letztlich fatale Unterscheidung hatte schon bei der sogenannten „Goldenen Regel der Finanzpolitik“ dazu geführt, dass der Personalabbau bei Staat und Kommunen munter weiterging bzw. ein Personalaufbau von den Kreditmöglichkeiten nicht erfasst wurde.

Sachinvestitionen ohne begleitendes Personal machen aber wenig Sinn, wie die Haushaltszahlen belegen und verführen dazu, sich auf fremde Hilfe zu verlassen.

Die Leidtragenden sind die von schlechter Bildungsinfrastruktur Betroffenen (SchülerInnen, deren Eltern, die Lehrkräfte und das Schulpersonal).

Wenn sich also in der noch nicht erschienenen Haushaltsabrechnung

für 2019 die Zahlen des Bauderzernenten Schneider bestätigen sollten, wäre das zwar ein enormer Fortschritt, mit dem kleinen Schönheitsfehler, dass die Zahlen nicht ganz stimmen.

Denn was Herr Schneider nicht erwähnt, sind die zwischenzeitlich aufgelaufenen nicht ausgegebenen, aber bewilligten Haushaltsmittel der Vorjahre. Wenn allein in 2018, wie beschrieben, 70 Prozent der bewilligten Mittel von 151 Millionen Euro für Bildungsinvestitionen wieder in den Haushalt zurückgeflossen sind (von den Vorjahren ganz abgesehen), dann hätten 2019 nicht 157,5 Millionen Euro zur Verfügung gestanden, sondern 263 Millionen Euro.

Von denen sind die genannten 160 Millionen Euro aber nur rund 60 Prozent. Immerhin wäre das aber eine verdoppelte Ausgabenquote.

Fazit:

Der Aussage, dass es wichtig und richtig war, das städtische Amt für Bau und Immobilien einzurichten, ist voll zuzustimmen.

Hier ist Frankfurt einen Weg gegangen, an dem sich andere Kommunen in Deutschland orientieren sollten, statt den Weg über privatwirtschaftliche Planungs-, Bewirtschaftungs- und Finanzmodelle zu gehen, wie auch das folgende Beispiel zeigt. *Herbert Storn*

Ein bemerkenswerter Kauf

Am 12. Dezember 2019 beschloss die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, die Containeranlage Pallestraße 60, in der in den letzten Jahren immer wieder neue Schulen (wegen Sanierung oder im Übergang in ein neues Schulgebäude) untergebracht waren, nicht länger zu mieten, sondern zu kaufen. Dafür wurde der Betrag von rund 1 Million Euro bewilligt.

Das war eine weise Entscheidung, denn:

„Eine weitere Anmietung des Gebäudes bis mindestens Ende 2025 ist prognostiziert. Dies ergibt Anmietungskosten in Höhe von 3.418.632,00 Euro (mtl. Miete 47.481,00 Euro x 72 Monate 1/2020–12/2025). Diese Kosten sind weitaus höher als der angebotene Kaufpreis.“ (Aus der Begründung)

Die Machbarkeitsstudie des Baudezernenten Schneider

Interview mit dem Schulleiter der Ernst-Reuter-Schule II

FLZ: Im Bildungsausschuss am 2. Dezember 2019 stand das Thema Ernst-Reuter-Schule II nicht zum ersten Mal auf der Tagesordnung. Die Proteste waren aber diesmal heftiger und haben inzwischen auch zu einer Demonstration geführt.

Sie selbst haben als Schulleiter in diesem Bildungsausschuss eindringlich auf den dramatischen Sanierungsbedarf hingewiesen. Können Sie diesen nochmals für unsere LeserInnen wiederholen?

Schneider: Bereits seit fünfzehn bis zwanzig Jahren besteht in Frankfurt ein eklatanter Sanierungsstau an öffentlichen Schulgebäuden. Vor fünf Jahren sprach man von einem notwendigen Investitionsvolumen von über einer Milliarde für Frankfurt Schulen. Im Kontext dieser defizitären Gesamtsituation ist auch der Sanierungsstau an den Ernst-Reuter-Schulen zu sehen. Konkret bedeutet das für eine Schule aus den sechziger Jahren, dass es an allen Ecken und Enden bröckelt und fehlt: Nicht isolierte Gebäude und Klassenräume bedeuten zum Beispiel, dass im Sommer unerträgliche Temperaturen in den Klassen- und Fachräumen herrschen, und im Winter viele Räumlichkeiten einfach extrem zugig sind und mitunter Schüler*innen und Lehrer*innen frieren. Insgesamt sind nahezu alle gebäudetechnischen Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen marode.

Insofern war es ein Segen, als im Schuljahr 2016/17 die Stadt Frankfurt zur Vorbereitung der längst überfälligen Sanierung die Durchführung der Planungsphase 0 in die Wege leitete und unter Beteiligung des Architekturbüros Trapez in Hamburg und Vertreter*innen aller Mitglieder der Schulgemeinde eine Zukunftswerkstatt initiierte.

Umso bedauerlicher ist es, dass der am Ende der Planungsphase 0 festgestellte Mehrbedarf an Räumlichkeiten völlig unzureichend in der ‚Machbarkeitsstudie‘ (siehe Kasten) berücksichtigt wurde.

Stadtrat Jan Schneider hat Ihnen im Bildungsausschuss geantwortet. Sie waren mit seiner Antwort sicher nicht zufrieden?

Wie sollte man in Kenntnis der Historie der Ernst-Reuter-Schulen, ihrer bildungspolitischen Wirkungsgeschichte weit über die Grenzen Hessens hinaus, ihrer einzigartigen und denkmalgeschützten Bauweise als städtebauliches Zentrum der „Raumstadt Nordweststadt“ einschließlich der zugehörigen und ebenfalls denkmalgeschützten Freiflächen und ihres inklusiven Schulprofils, das auf die vielfältig ökologisch genutzten Freiflächen angewiesen ist, mit Herrn Jan Schneiders Antwort zufrieden sein?

Wie Herr Jan Schneider selbst ausführt, handelt es sich in der ‚Machbarkeitsstudie‘ um eine reine Baumassenstudie ohne Berücksichtigung des Denkmalschutzes und des pädagogischen Schulprofils. Darüber hinaus sind Aussagen dahingehend, dass den Ernst-Reuter-Schulen keine Flächen verloren gehen werden, irreführend. Die meisten Mitglieder des Stadtparlaments, der Ausschüsse und die Öffentlichkeit ganz allgemein haben keine Informationen darüber, wie die Sachlage vor Ort aussieht.

Ich habe dazu die wichtigsten Informationen einmal zusammengestellt (siehe Kasten).

Die Sanierungsforderungen der ERS II sind ja schon relativ alt. Wie erklären Sie es sich, dass Abhilfen teilweise mehrere Jahrzehnte dauern und was sollte Ihrer Meinung nach hier dringend anders werden?

Wie bereits eingangs erläutert besteht in Frankfurt ein langjähriger Sanierungsstau im Bereich der Schulbauten. Viele Vorhaben und

Finanzplanungen in diesem Bereich werden im Wechsel der politisch unterschiedlich ausgerichteten Stadtregierungen entweder verworfen oder gehen in neuen Schwerpunktsetzungen anteilig auf.



Bestimmte „Basics“ jeglicher Bildungsarbeit und Bildungsqualität, zum Beispiel Schulbauten und damit die gebäudetechnischen Voraussetzungen für einen modernen Unterricht, für die Gestaltung der Ganztagsprofile und der IT-Infrastruktur müssen für die Schulträger so wichtig sein, dass sie unabhängig vom politischen Wechsel der Legislaturperioden garantiert sind. Es besteht trotz der aufrüttelnden Studien der OECD in Deutschland und insbesondere auch in Frankfurt eine grundsätzliche Misere: Bildung und alles, was damit zusammenhängt, steht nicht im Mittelpunkt staatlichen, städtischen und gesamtgesellschaftlichen Handelns. Das ist nicht nur sehr bedauerlich, sondern für eine Gesellschaft wie die Deutschlands eine zentrale Frage einer zukunftsfähigen Wirtschafts-, Kultur- und Demokratieentwicklung.

Von Elternseite wurde am 13. Dezember 2019 eine Demonstration organisiert. Interessant ist, dass auch die Eltern der Europäischen Schule mit dabei waren und die Vorstellungen von Baudezernent Schneider ablehnen.

Das kann ich nur bestätigen. Die Elternbeiräte der beiden Ernst-Reuter-Schulen haben sich mit der Elternvertretung der Europäischen Schule verständigt und eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, die in der letzten Ortsbeiratsitzung im Nordwestzentrum gemeinsam verlesen wurde und die Herrn Stadtrat Schneider zugesandt wurde.

Die ERS II wird ja von der Bildungsdezernentin unterstützt, während der Baudezernent eher die Europäische Schule im Blick hat.

Wirkt sich dieser Konflikt auf die Umsetzung des Sanierungsfahrplans bei der ERS II aus?

Diese Frage lässt sich ohne eine umfangreiche Erläuterung der Hintergründe bezüglich der formalen Zuständigkeiten und gegebenenfalls der Erörterung politischer Differenzen der beteiligten Akteure nicht beantworten.

Was sollte Ihrer Meinung nach getan werden?

Erstens: Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main muss auf dem Hintergrund der dargestellten Sachlage von weiteren Planungen zur Erweiterung der Europäischen Schule an ihrem jetzigen Standort absehen und stattdessen an der Standortsuche weiter festhalten, ggf. über die Stadtgrenzen hinaus.

Zweitens: Der Magistrat der Stadt Frankfurt muss die sofortige

Sanierung der beiden Ernst-Reuter-Schulen bei vollumfänglicher Garantie des aktuell bestehenden Geländes als Aufgabe höchster Priorität betrachten.

Welche Unterstützung wünschen Sie sich?

Grundsätzlich wünschen wir uns vom Stadtparlament, dass es fraktionsübergreifend die Durchführung der Machbarkeitsstudie ablehnt.

Aufgrund des dringenden Sanierungsbedarfs der Ernst-Reuter-Schulen in Verbindung mit dem in

der Planungsphase 0 festgestellten räumlichen Mehrbedarf und zum Erhalt und Ausbau unseres inklusiven Schulkonzepts sind wir auf die Unterstützung aller Beteiligten angewiesen: Fraktionen des Stadtparlaments, Magistrat, Stadtschulamt, Amt für Bau und Immobilien, Ortsbeirat, Gremien, Unterstützungssysteme, usw.

Zur Person

Gerhard Schneider ist Schulleiter der Ernst-Reuter-Schule II

Zur Information:

Die ‚Machbarkeitsstudie‘ im Auftrag des Baudezernenten Schneider

In unzureichender und stark verkürzter Weise versucht diese Skizzen-sammlung darzustellen, wie die Bedürfnisse der beiden Ernst-Reuter-Schulen und der Europäischen Schule mit ihrem Erweiterungsbedarf (aktuell 1600 Schüler*innen – in 2025: 2344 Schüler*innen) auf dem Gesamtgelände unterzubringen sein könnten.

Hierbei sollen die Ergebnisse der Planungsphase 0 der beiden Ernst-Reuter-Schulen mit ihrem hohen räumlichen Mehrbedarf angeblich vollständig berücksichtigt werden.

Es fällt dabei sofort ins Auge, dass die Planungsskizzen der ‚Machbarkeitsstudie‘ die Ergebnisse der Planungsphase 0 nur eklatant unzureichend berücksichtigen und – schlimmer noch – den Denkmalschutz und die pädagogischen Konzepte der Ernst-Reuter-Schulen völlig ignorieren.

Die Draufsicht der ‚Machbarkeitsstudie‘ stellt verschiedene Varianten der Flächenausnutzung nebeneinander dar. Die Pläne berücksichtigen keinesfalls den oben dargestellten Mehrbedarf, den das Stadtschulamt, das Hochbauamt und das Revisionsamt am Ende der Planungsphase 0 für gültig erklärt haben.

Das heißt:

- unzureichend berücksichtigter Sportstättenbedarf (nur vier von sieben Hallenfeldern),
- Fehlanzeige bezüglich zweier großer Gebäude für die Naturwissenschaften mit jeweils mindestens drei Räumen für Physik, Chemie und Biologie (insgesamt 15–18 Fachräume)
- Fehlanzeige des Neubaus eines großen Sozial- und Bildungszentrums mit genügend Raum für eine große Mensa für beide Schulen, eine große Aula für beide Schulen, jeweils zwei Bibliotheken und Mediatheken für die beiden Ernst-Reuter-Schulen.

Dargestellt sind vier Querriegel, deren Höhe nicht angegeben ist und die in dieser Form dem unter Denkmalschutz stehenden Campusbestand extrem widersprechen.

Außerdem sollen die unzureichend berücksichtigten Sportstätten (nur 4 Felder von 7 Feldern) auf dem ökologisch genutzten Gelände hinter dem Schultheaterstudio in Stapelbauweise entstehen. Hierfür muss das aktuell als Mensa genutzte Gebäude abgerissen werden, obwohl es als Teil der Bestandswahrung der Planungsphase 0 mit neuer Halle und Er-

weiterung für die Belange der Musik und des Darstellenden Spiels geplant war.

Die Ergebnisse der Planungsphase 0 werden in der ‚Machbarkeitsstudie‘ völlig unzulänglich berücksichtigt. Völlig ausgeklammert ist sowohl der Denkmalschutz als auch das pädagogische Konzept der Ernst-Reuter-Schulen. Eine Umsetzung der Pläne der ‚Machbarkeitsstudie‘ würde das Schulprofil der Ernst-Reuter-Schule II zerstören.

Unzureichende Information der Öffentlichkeit

In diesem Zusammenhang ist die Aussage von Herrn Jan Schneider gegenüber der Öffentlichkeit wichtig: *„Der Flächenbestand der Ernst-Reuter-Schulen bleibt in der Machbarkeitsstudie erhalten.“*

Zur Richtigstellung: Als Kompensation für den Komplettabriss unseres Sporthallenbestandes, eines Sportplatzes und der Flächen für Tierhaltung und den Schulgruppen zugunsten eines Neubaus der Europäischen Schule erhalten wir nach Aussage von Herrn Jan Schneider die sogenannte „Hundewiese“.

Dieses Areal wurde schon einmal im Jahr 2014, als die Europäische Schule auf Kosten eines wichtigen Geländeausschnitts erweitert wurde, ohne dass man die Ernst-Reuter-Schulen fragte, zur Beschwichtigung unserer Schulgemeinde eingesetzt.

Die „Hundewiese“ kann nicht mehrfach verteilt werden

Für den Verlust der Fläche mit und um die beiden Traglufthallen wurden uns Ersatzflächen und Turnhallenbauten auf der sogenannten „Hundewiese“ durch die ehemalige Bildungsdezernentin Sorge zugesprochen. Seither geschah nichts. Wie auch? Das Gelände lässt sich nicht einfach so erschließen.

Erneut taucht jetzt in 2019 die Hundewiese als vorübergehendes Areal für zwei Sportplätze in der Machbarkeitsstudie auf und wird vollumfänglich zur Stützung der oben genannten Aussage von Herrn Jan Schneider eingesetzt. Da die Hundewiese seit 2014 bereits Bestandteil der Ernst-Reuter-Schulen ist, kann sie in 2019 nicht noch einmal als Teil der Flächenrechnung einbezogen werden! Außerdem weist die Machbarkeitsstudie aus gutem Grund auf der Hundewiese lediglich zwei Sportplätze aus. Von Bebauung ist keine Rede, denn diese Fläche ist nicht erschlossen, zumal sie Teil der Verkehrs-Trasse ist und bleibt. Eine solche pauschale Aussage, dass den Ernst-Reuter-Schulen keine Flächenkürzung ins Haus steht, ist irreführend und verschleierte den wahren Sachverhalt.

Das Fass läuft über! Wir demonstrieren!

13. Dezember um 13.15 Uhr

Startpunkt: Ernst-Reuter-Schule II, Ausgang Praunheimer Weg



- ◆ 19.000 m² werden für die Erweiterung der Europäischen Schule weggenommen
- ◆ 1 Sportplatz und 2 Sporthallen sind schon weg
- ◆ Klassengröße auf 27 erhöht
- ◆ Schwimmbad seit 2009 geschlossen
- ◆ Sanierung der ERS seit 10 Jahren verschleppt
- ◆ 6 Förderschüler/innen in den neuen 5. Klassen für 2020
- ◆ Förderschulstunden werden 2020 weiter reduziert
- ◆ Schulrestaurant, Konzertraum und unser Druckoffice werden als erstes abgerissen
- ◆ Turnhallen nicht mehr für Vereine gebaut. Turniere fallen weg. (TSG Nordwest 1898 leiden am meisten)
- ◆ Ein Stadtteil wird städtebaulich verschandelt
- ◆ Der Verkehr auf dem Praunheimer Weg wird ins Unermessliche belastet
- ◆ Die Busse und Taxis für die Förderkinder müssen über den Hammarskjöldring gebracht werden.
- ◆ 3 Wildbienen-Nistplätze und kleine Streuobstwiese muss Beton weichen
- ◆ Berufsorientierung verliert ihre Arbeitsgrundlage, die Grünflächen

Corinna Sachs, Erweiterter Vorstand der ERS II

Eltern wehren sich!

KOMMEN SIE MIT und UNTERSTÜTZEN Sie uns!

Nachrichten aus dem Gesamtpersonalrat beim Staatlichen Schulamt Frankfurt am Main



Von links nach rechts bzw. hinterer nach vorderer Reihe: Laura Preusker, Dirk Kretschmer, Jens Kleemann, Alexander Grund, Claudia Glock, Manuela Adalati, Sven Hennemann, Heidi Franciszcok, Ernst Olbrich, Martina Dunkel-Volkandt, Susanne Hüttig, Sabine Friedrich, Christine Rensing-Grüter, Katja Weber, Stefan Kockelmann, Heinrich Zorko, Ingeborg Ulrich, Andrea Peters, Heide Krodell-Johne, Sebastian Guttmann, Meike Bär, Hanne Hirn, Enis Gülegen, Christina Avellini, Ricarda Ebert-Diehl, Daniel Glida, Alexandra Menk

Beamtinnen und Beamte

Name	Schule	Typ	e-Mail Adresse
Adalati, Manuela	Kirchnerschule	GrS	Manuela.Adalati@gew-frankfurt.de
Avellini, Christina	Helmholtzschule	Gym	Christina.Avellini@gew-frankfurt.de
Bär, Meike	FR-Dessauer Gym.	GOS	Meike.Baer@gew-frankfurt.de
Francisczok, Heidi	Elsa-Brändström	GrS	Heidi.Francisczok@gew-frankfurt.de
Friedrich, Sabine	Panoramashule	Fö	Sabine.Friedrich@gew-frankfurt.de
Glock, Claudia	Holbeinschule	R	Claudia.Glock@gew-frankfurt.de
Gnida, Daniel	Friedrich-Dessauer	GYM	Daniel.Gnida@gew-frankfurt.de
Guttmann, Sebastian	Karl-Oppermann	Fö	Sebastian.Guttmann@gew-frankfurt.de
Hartert, Melanie (Nachr.)	Helene-Lange-Schule	Gym	Melanie.Hartert@gew-frankfurt.de
Hüttig, Susanne	Stauffenbergschule	BS	Susanne.Huetting@gew-frankfurt.de
Kretschmer, Dirk	Max-Beckmann-Schule	GOS	Dirk.Kretschmer@gew-frankfurt.de
Preusker, Laura	GS Rebstock	GrS	Laura.Preusker@gew-frankfurt.de
Ulrich, Ingeborg	Schule am Ried	KGS	Ingeborg.Ulrich@gew-frankfurt.de
Weber, Katja	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	Katja.Weber@gew-frankfurt.de
Zorko, Heinrich	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	Henrich.Zorko@gew-frankfurt.de

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Name	Schule	Typ	e-Mail Adresse
Gülegen, Enis	Sophienschule	H	Enis.Guelegen@gew-frankfurt.de
Krodell-Johne, Heide	Viktor-Frankl-Schule	Fö	Heide.Krodell-Johne@gew-frankfurt.de

Schwerbehindertenvertreter

Name	Schule	Typ	e-Mail Adresse
Wrede, Engelbert		SSA FFM	engelbert.wrede@kultus.hessen.de gsbvfmm.wrede@gmail.com

Gesamtpersonalratsbüro

gesamtpersonalrat@
kultus.hessen.de

Impressum

info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber
 Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19
 E-mail: info@gew-frankfurt.de
Bürozeiten Geschäftsstelle des Bezirksverbandes:
 dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr
 donnerstags 14 bis 18 Uhr
Vorsitzende
 Sebastian Guttmann, Laura Preusker

FLZ-Team Jessica Peters, Herbert Storn, Andreas Werther
Rechtsberatung Hanne Hirn, Daniel Gnida, Thomas Sachs montags 15.30–17.30 Uhr, Tel.: 069–13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.
Satz & Layout
 Karin Dienst, Christian Häussler
Druck ORD - Oberhessische Rollen-Druck GmbH
Auflage ca. 3.200
Erscheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich

Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ
 Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor.
 Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.
 Redaktionsschluss Nr. 2-2020: siehe homepage

Versetzungsverfahren 2020

Zum 1. Februar 2020 gilt es für Versetzungswillige in andere Schulamtsbereiche oder Bundesländer einen Versetzungsantrag zu stellen. Der Gesamtpersonalrat berät, begleitet und unterstützt Kolleg*innen hierbei. Kolleg*innen sollten sich frühzeitig (am besten noch im Januar) bei uns melden, damit wir sie auch angemessen vertreten können.

Teilzeitanträge, Sabbatjahre und Beurlaubungen

Ebenfalls zum 1. Februar 2020 müssen auch Anträge auf Teilzeit (wozu auch Sabbatjahre gehören) und Beurlaubung gestellt werden. Wegen des derzeit bestehenden Lehrkräftemangels werden diese Anträge nicht automatisch genehmigt. Bei Ablehnung ist der Schulpersonalrat zu beteiligen und kann hier auch die Interessen der Kolleg*innen vertreten, indem er der geplanten Ablehnung nicht zustimmt. Hier bietet der Gesamtpersonalrat allen Schulpersonalräten Unterstützung und Beratung an.

Inzwischen konnten wir mit dem Staatlichen Schulamt auch klären, dass für den Fall, dass eine Teilzeit/ ein Sabbatjahr oder eine Beurlaubung aus besonderen Gründen widerrufen wird, auch der Schulpersonalrat zu beteiligen ist. Dies kommt nicht oft vor, ist für die Betroffenen aber von großer Bedeutung.

Verteilung der Förderschullehrerstunden in den inklusiven Schulbündnissen

Zum kommenden Schuljahr sollen die Stunden der Förderschullehrkräfte für die Unterstützung im inklusiven Unterricht durch die Inklusiven Schulbündnisse verteilt werden. Dafür müssen alle Schulleitungen innerhalb eines inklusiven Schulbündnisses einen einstimmigen Beschluss fassen, ansonsten entscheidet das Staatliche Schulamt. Einer der Hauptkritikpunkte ist hier, dass nur der vorhandene Mangel (zu wenig Stunden für zu viele Aufgaben) verteilt wird, sodass wohl einfach der schwarze Peter nach unten weitergegeben wird. Nichtsdestotrotz sieht der Gesamtpersonalrat hier in jedem Fall einen Beteiligungstatbestand, weil Stunden auf mehrere Schulen verteilt werden und dies die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte beeinflusst.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Der Gesamtpersonalrat ist involviert in alle Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes an Frankfurter Schulen. Unter anderem haben wir eine Dienstvereinbarung zum Arbeits- und Gesundheitsschutz erarbeitet, in welcher die gesetzlichen Pflichten des Arbeitgebers und die Rechte der Beschäftigten kurz dargelegt und Fristen für die Gefährdungsanalysen (physisch und psychisch) festgelegt wurden.

Auch mit den in Frankfurt besonders oft eingehenden Überlastungsanzeigen von Schulen (bitte immer auch an uns senden!) beschäftigen wir uns. Wir unterstützen solche Schulen durch Besprechung auf der gemeinsamen Sitzung und/ oder im Arbeitsschutzausschuss, in dem Schulträger, betriebsärztlicher Dienst, Unfallkasse, Schwerbehindertenvertretung, Gesundheitsamt, Staatliches Schulamt und GPR versuchen, baulich/hygienisch oder räumlich besonders belasteten Schulen durch direkten Kontakt mit den Zuständigen Erleichterung zu verschaffen. Hier können

sich Schulen anmelden, die auch jenseits einer Überlastungsanzeige mit baulichen, hygienischen, schadstoffbezogenen, klimatischen Problemen zu tun haben – bitte eine mail mit stichpunktartiger Auflistung der Probleme an gesamtpersonalrat@kultus.hessen.de senden.

„Förderpädagoginnenstellen“ an Grundschulen

Im Koalitionsvertrag steht, dass als ersten Schritt hin zu einer sonderpädagogischen Grundversorgung Grundschulen ab 250 Schüler*innen eine „Förderpädagogin/stelle“ erhalten sollen. Dies soll zum kommenden Schuljahr umgesetzt werden. Allerdings erfolgt diese Zuweisung nicht zusätzlich, sondern wird auf die anderen zugewiesenen Stunden angerechnet. Ebenso ungeklärt ist, ob es sich bei „Förderpädagoginnen“ um Förderschullehrkräfte handelt oder auch um Kolleg*innen mit einer anderen Ausbildung. Dies sind nur einige der Fragen, die dieses Projekt aufwirft. Ohne einen Erlass oder eine entsprechende Verordnung lässt sich weder einschätzen, ob hier Vor- oder Nachteile überwiegen, noch überhaupt der konkrete Arbeitsauftrag der Kolleg*innen klar beschreiben. Sollte es nicht schnellstens eine klare Regelung zur Umsetzung dieses Vorhabens geben, sieht der Gesamtpersonalrat keine Grundlage für die Umsetzung. Ebenso wird er Versetzungen gegen den Willen betroffener Kolleg*innen nicht zustimmen.

Aus unserer Sicht bedeutet sonderpädagogische Grundversorgung übrigens, dass Fachleute gemeinsam mit Betroffenen den Bedarf ermitteln und dieser dann erfüllt wird. Das würde aber wohl einen massiven Stellenmehrbedarf bedeuten, den das Hessische Kultusministerium nicht möchte. Schließlich soll Inklusion ja kostenneutral erfolgen.

Pädagogisch Selbständige Schule

Ebenfalls aus dem Koalitionsvertrag stammt die Idee, neben der „Selbständigen allgemeinbildenden Schule“ mit dem großen Schulbudget die Möglichkeit der „Pädagogisch selbstständigen Schule“ für allgemeinbildende Schulen zu eröffnen. Die Schule muss kein großes Schulbudget haben und soll vor allem pädagogische Projekte verfolgen. Hierzu gibt es jetzt einen im Amtsblatt veröffentlichten Erlass. Allerdings sind hier viele nicht ganz unbedeutende Aspekte der „Selbstständigen Schule“ wie beispielsweise Stellung der Schulleitung oder Verteilung der zusätzlichen Stunden weiterhin ungeklärt, weshalb der Gesamtpersonalrat allen Kollegien zur Vorsicht bei diesem Schritt rät.

Teilweise Anrechnung von Pflichtstunden

Immer wieder erfährt der Gesamtpersonalrat, dass bestimmte Tätigkeiten von Lehrkräften nur teilweise als Pflichtstunden angerechnet werden, beispielsweise bei Arbeitsgemeinschaften oder Lernzeiten. Eine Nachfrage beim Staatlichen Schulamt, ob es über die in der Pflichtstundenverordnung genannten „betreuenden Aufsichten“ an ganztägig arbeitenden Schulen weitere rechtliche Vorgaben gibt, die eine verringerte Anrechnung von Pflichtstunden erlauben, hat ein klares Nein ergeben. Das bedeutet: Arbeitsgemeinschaften und andere Arbeit mit Schüler*innen, die einer Vor- und Nachbereitung bedürfen, müssen voll auf die Pflichtstunden der Lehrkraft angerechnet werden.

Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Wechsel in der HPRLL-Spitze

Monika Frobels wurde als stellvertretende Vorsitzende aus dem HPRLL-Vorsitz verabschiedet, weil sie aus dem HPRLL ausscheidet. Als Stellvertreterin ab 1. Januar 2020 wurde Christina Nickel neu gewählt, ab 1. Februar 2020 Peter Zeichner als Vorsitzender und Stefan Edelmann als Stellvertreter. Die Fraktionsleitung liegt ab 1. Februar bei Anna Held und Susanne Hoeth.

Umsetzung der Koalitionsvereinbarung: feste Zuweisung von Förderschullehrkräften an Grundschulen

Der Erlass (entwurf) soll im Januar in den HPRLL kommen, bevor er an die Staatlichen Schulämter geht. Der HPRLL kritisierte, dass es im Vorbereich durch mangelhafte Kommunikation zu vielen Irritationen gekommen sei.

Anforderungen des HKM zum Landeshaushalt 2020

Der HPRLL wollte die vom HKM an den Finanzminister gestellten

Anforderungen z. K. bekommen. Diese Information steht noch aus. Stattdessen wurden die im HH-Entwurf 2020 vorgeschlagenen Änderungen aufgelistet:

Der Bildungsetat sei um 158 Millionen auf insgesamt 4,2 Milliarden Euro gestiegen. Die Tarif- und Besoldungserhöhung habe hierbei ein Volumen von 80 Millionen Euro.

Für 2020 seien 744 zusätzliche LehrerInnenstellen im Haushalt eingeplant. Dies sei eine Verbesserung von 63 Millionen Euro. Finanziert würden die Stellen jedoch erst ab August 2020.

Für die „Bildungssprache Deutsch“ seien 180 zusätzliche Stellen vorgesehen, davon 100 Stellen für das Programm der zusätzlichen Deutschstunde in den Grundschulen. 230 Stellen seien für den Ausbau der Ganztagschule vorgesehen, davon 6 Millionen in Sachmitteln. 140 Stellen seien für UBUS/sozialpädagogische Fachkräfte vorgesehen. 80 zusätzliche Stellen seien dem Bereich der Förderung zuzuordnen, darunter 40 Förderschullehrkräfte

und 10 Schulgesundheitsfachkräfte. Außerdem seien noch folgende zusätzliche Stellen im Haushalt eingeplant: Ethikunterricht: 32, Sozialindex: 20, Pilot Pädagogisch selbstständige Schule: 15, Digitale Schule Hessen: 26, Ausbildungsbeauftragte: 10.

Die LiV-Stellen seien um 100 Stellen aufgestockt worden, die auch im Haushalt hinterlegt seien. Als Nachtrag seien außerdem 250 Stellen ausfinanziert. 11 Stellen würden sich auf kleinere schulpolitische Maßnahmen verteilen.

Warten auf die Beurteilungsrichtlinie

Diese war mit der Überarbeitung im Februar 2018 in der Einigungsstelle und wurde danach bisher nicht veröffentlicht. Die überarbeitete Fassung beinhaltet durch Beschluss der Einigungsstelle den Satz „Hierbei bestehen keine Quotenvorgaben, so dass eine hierauf bezogene Vergleichsgruppenbetrachtung nicht erfolgt“. Das HKM hat die Veröffentlichung für Anfang 2020 zugesagt.

„Digitale Schule Hessen“ – Treffen des HKM mit den Schulträgern

An den Steuerungsgruppen der Staatlichen Schulämter mit den Schulträgern ist auch der jeweilige Gesamtpersonalrat zu beteiligen.

Landesticket 2020 – steuerliche Behandlung

Die Jobtickets müssten inzwischen in den Staatlichen Schulämtern sein. Die Tickets werden wie gehabt pauschal versteuert und haben keine Relevanz für die Entfernungspauschale.

Projektgruppe „Unterrichtssituationen und Vertretungskonzepte“

Diese AG wird beim HKM neu eingerichtet, der genaue Verteiler ist noch nicht bekannt. Auf jeden Fall sind Eltern, LSV, HPRLL und wohl auch SL eingeladen. Es wird vermutlich um die Umfrage Unterrichtsausfall der LSV gehen, den Rücklauf der Anfrage zu den Vertretungskonzepten und vermutlich auch um die Erhebung der Fehltageliste. Näheres wird die Auftaktveranstaltung Ende Januar ergeben.

Berichte der Dienststelle

Kultusminister Lorz gibt den KMK-Vorsitz in 2020 an Rheinland-Pfalz ab.

Das HKM berichtet, dass es in der KMK mit PISA, dem nationalen Bildungsrat und der Ferienregelung problematische Themen gegeben habe. Jetzt solle an Novellierungen des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes und des Schulgesetzes gearbeitet werden.

Eine Dienstversammlung zu „Grundsatzfragen der Schulaufsicht Gymnasien, gymnasiale Oberstufen-schulen und Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe“ hat am 7./8.11.2019 stattgefunden.

Eine Dienstbesprechung des HKM mit den Leiterinnen und Leitern der pädagogischen Unterstützung hat es am 12.11.2019 gegeben.

Der Praxisbeirat Grundschule hat am 22.11.2019 getagelt.

Ein schulischer Kongress hat am 2.11.2019 in der Uni Frankfurt stattgefunden.

... aktuelle Meldung aus dem Nordend:

Glauburgbunker / Schwarzbürgerschule: 13 Monate Bunkerabriss* bei gleichzeitigem Grundschulbetrieb – was läuft da schief?

Aus dem Brandbrief des Schulleiterbeirats an Bau- und Schulbehörde – den vollständigen Text veröffentlichen wir auf der Homepage des GEW Bezirksverbands Frankfurt

„Die Elternschaft der Schwarzbürgerschule ist äußerst besorgt aufgrund des anstehenden Abrisses des direkt an die Schule angrenzenden Glauburgbunkers.“

Die Elternschaft hat den Abriss des Marienkrankenhauses, sowie den Abriss der Altenwohnanlage an der Spohrstraße/Ecke Schwarzbürgerschule miterlebt und kann sich nicht vorstellen, wie der Abriss eines massiven Bunkers einen direkt angrenzenden Schulbetrieb nicht beeinträchtigen sollte.

Der gesamte Abriss ist, aus unserer Sicht, ein nicht zu kalkulierendes Risiko. (...)

Es ist auch anzunehmen, dass die Baustelle, die Baustellenbelieferung und -abfuhr Gefahren für die Kinder auf sämtlichen Schulwegen birgt.

Die Stadt Frankfurt ließ zudem bisher unbeantwortet, wie das Personal der Schwarzbürgerschule vor dem Hintergrund des Abrisses den staatlichen Bildungsauftrag erfüllen soll. Der Abriss führt zu zeitlich unabweisbar tatsächlicher Lärmbelastung, einhergehend mit dauernden Erschütterungen, Vibrationen und Staubbelastung.

Der Schulleiterbeirat, in Vertretung der Elternschaft, sieht deshalb die ungestörte Entwicklung aller Kinder der Schwarzbürgerschule als stark gefährdet an und fordert eine Auslagerung des gesamten Schulbetriebes, noch vor Beginn der Abrissphase, als folgerichtige Reaktion auf den Abriss.

Der Bauherr hat in der vergangenen Woche eine weitere Version der Schallimmissionsprognose – Baustellenlärm (Version 4.0, 30.10.2019) zum Abriss des Hochbunkers bei der Bauaufsicht Frankfurt a.M. eingereicht.

Die darin festgelegten Maßnahmen zur Lärmreduzierung sind nicht geeignet, einen ungestörten Schulbetrieb möglich zu machen und sicher zu stellen, dass die Schüler*innen

sich in den nächsten Jahren unbeeinträchtigt entwickeln können und zwar aus folgenden Gründen.

Im Prolog des Gutachtens steht: *„Bezeichnend auf ähnliche Abbruchprojekte ist vorab zu konstatieren, dass es schlichtweg unmöglich ist, im innerstädtischen Bereich einen geordneten Baustellenbetrieb herzustellen, aufrechtzuerhalten und dabei einen Immissionsrichtwert von 55 dB(A) einzuhalten. Beide Parteien, die „lärmzeugende“ Seite als auch die „lärmbeeinträchtigte“ Seite müssen mit Einschränkungen rechnen.“*

Zwar werden Schulen in der AVV Baulärm nicht explizit erwähnt, aber in einem Merkblatt der Bauaufsicht Frankfurt aus dem Jahr 2018 werden Schulen gemeinsam mit Krankenhäusern als „Umfeld schutzbedürftiger Nutzungen“ eingestuft.

D.h., gemäß diesem von der Bauaufsicht Frankfurt a.M. herausgegebenen Merkblatt muss für Baustellen direkt neben einer Grundschule ein Wert von 45dB zugrunde gelegt werden.

Im aktuellen Gutachten des Investors wird jedoch von einem Wert von 55 dB ausgegangen und damit die besondere Schutzbedürftigkeit des Umfeldes nicht berücksichtigt.

Auch der „Lästigkeitszuschlag“ i.H.v. von bis zu 5dB wurde nicht eingerechnet. (...)

Die Abruchzeit wird im Gutachten mit 13 Monaten veranschlagt (bisher war von 6 Monaten die Rede). Dies bedeutet, dass ein Teil des Abruchs auch während der warmen / heißen Sommermonate stattfinden soll.

Erfahrungsgemäß, durch fehlende Isolierung und einfachverglasete Holzfenster bedingt, heizen sich die Klassenzimmer der Schwarzbürgerschule im Sommer so stark auf, dass Schulunterricht nur bei geöff-



neten Fenstern stattfindet. Leider verfügt die Schwarzbürgerschule nicht über ein Lüftungssystem bzw. eine Klimaanlage.

Die Elternschaft fürchtet eine massive Störung des Unterrichtes durch das vorgeschlagene Abbruchverfahren. (...)

Abgesehen von den Lernbeeinträchtigungen und Gesundheitsgefährdungen der Kinder wird, bei sowieso schon angespannter Personalsituation, ein höherer Krankenstand unter den Lehrer*innen erwartet. Hinzu addiert sich der Unterrichtsausfall durch hohe Temperaturen im Sommer auch ohne das besondere Problem der mangelhaften Belüftung.

In dem Gutachten wird nun vorgeschlagen, dass bei Prüfungssituationen Lärm zu vermeiden sei bzw. die lauten Bauarbeiten ruhen und eine Mittagspause eingehalten werden sollte.

Die Elternschaft ist der Ansicht, dass nicht nur in Prüfungssituationen Lärm zu vermeiden ist, sondern während aller diesen Situationen vorangehenden Phasen des Lernens. (...)

Des Weiteren wird argumentiert, dass es sich bei dem entstehenden Baulärm um *unvermeidbaren Baulärm* gemäß der AVV Baulärm handelt.

„Unvermeidbarer Baulärm“ gilt jedoch nur dann, wenn von der Baustelle eine Gefahr ausgeht oder die Baustelle, im öffentlichen Interesse steht.

Ein ungestörter Schulbetrieb für fast 300 Kinder steht fraglos im öffentlichen Interesse.

In einer Online-Petition haben sich über 3.200 Frankfurter*innen für einen Erhalt des Bunkers ausgesprochen und neben der Schaffung von Wohnraum im Bestand (hier wären bis zu 20 Wohnungen realisierbar), auf ein dringend benötigtes Stadtteilzentrum aufmerksam gemacht.

Am 20. September 2019 haben sich ca. 300 Schüler*innen und Eltern an einer Protestaktion gegen den Abriss des Glauburgbunkers beteiligt und auf ihr Recht auf einen störungsfreien Lernbetrieb aufmerksam gemacht.

Der Abriss des Bunkers und ein Neubau steht demnach nicht im öffentlichen Interesse, sondern lediglich im Interesse des Investors.

(...)
Der unabhängige Gutachter des Büros für Bauphysik von Rewski und Partner sagt aus:

„Der Schulbetrieb wird durch den Abriss massiv gefährdet.“

Der Schulleiterbeirat fordert daher eine Auslagerung des Schulbetriebes,

und zwar bevor die Abruchphase beginnt.

Als ersten Schritt sollte das städtische/staatliche Schulamt die Erstellung eines unabhängigen Lärmgutachtens in Auftrag geben. Hierbei ist auch die besondere Bau- und Erhaltungssubstanz des Schulgebäudes der Schwarzbürgerschule zu berücksichtigen.

Die Elternschaft geht davon aus, dass die Kinder durch den Abriss mindestens ein Unterrichtsjahr mit der Möglichkeit auf guten Lernerfolg verlieren werden.

Dies stellt eine massive Beeinträchtigung mit negativen Auswirkungen auf die gesamte und schulische Entwicklung der Kinder dar.

Der Schulleiterbeirat fordert aus diesen Gründen ein entsprechendes pädagogisch-psychologisches Gutachten. Dieses ist durch den Investor zu beauftragen und durch das Schulamt der Stadt Frankfurt zu prüfen.

i.A. des SEB der Schwarzbürgerschule,
Andrea Teuscher,
stellvertretende Schulleiterin

* laut FR vom 7. Juni 2019 ist u.a. mit 2-3 „Lockerungssprengungen“ pro Tag zu rechnen. Weitere Informationen auf der Homepage der Bürgerinitiative www.glauburgbunker.org

„Die Digitalisierung ist ein

Der Digitalpakt ist mit dem Votum des Bundesrats vom 15. März beschlossene Sache, er soll voraussichtlich noch vor Ostern in Kraft treten. In seinem Rahmen sollen über einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt 5,5 Milliarden Euro in die digitale Ausstattung der allgemeinbildenden Schulen investiert werden. Für den Pädagogen, Medienwissenschaftler und Buchautor Ralf Lankau von der Hochschule Offenburg hat das Projekt eine neoliberale Stoßrichtung – mit dem Ziel der Privatisierung und Kommerzialisierung des Schulwesens sowie der Zurichtung von Kindern zu „Funktionsäffchen“. Das Gespräch führte Ralf Wurzbacher.

Ein Gespräch mit Prof. Ralf Lankau



R. W.: Herr Lankau, es gibt ein „Forum Bildung Digitalisierung“, das unter anderem von der Bertelsmann Stiftung, der Deutsche Telekom Stiftung, der Robert Bosch Stiftung sowie der Dieter Schwarz Stiftung getragen wird. Auf seiner Webseite deklariert der „gemeinnützige Verein“, die Digitalisierung der Bildung biete „vielfältigen Mehrwert für das Lehren und Lernen. Sie kann unser Bildungssystem besser machen und positiv zu Bildungsgerechtigkeit und einer inklusiven Gesellschaft beitragen, in der jeder sein individuelles Potenzial besser entfalten kann.“ Das klingt ganz anders als das, was Sie sich vom durch Bund und Länder beschlossenen Digitalpakt erwarten: „Die De-Humanisierung von Schulen“. Was meinen Sie damit?

R. L.: In Ihrem Zitat ist ja fast das gesamte Phrasenkonzert gebündelt, mit dem die IT-Wirtschaft und ihre Lobbyisten seit über 30 Jahren um sich werfen. Es sind die üblichen Standardprüche, die seit 1984 – seit der Einführung der Personal Computer in Schulen – mantramäßig wiederholt werden. Nur

zur Person

Ralf Lankau, Jahrgang 1961, ist Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg. Er leitet dort die grafik.werkstatt an der Fakultät Medien und Informationswesen, forscht zu Experimenteller Medienproduktion in Kunst, Lehre und Wissenschaft und publiziert zu Design, Kommunikationswissenschaft und (Medien-)Pädagogik. Lankau betreibt das Projekt „futur iii – digital-technik zwischen freiheitsversprechen und totalüberwachung“ (futur-iii.de) und ist Mitinitiator des „Bündnisses für humane Bildung – aufwach(s)en mit digitalen Medien“ (aufwach-s-en.de). Von Lankau erschien 2017 im Beltz-Verlag: „Kein Mensch lernt digital: Über den sinnvollen Einsatz neuer Medien im Unterricht“. Mitte April erscheint von Paula Bleckmann und Lankau (Hrsg.): „Digitale Medien und Unterricht: Eine Kontroverse“.

Ralf Lankau ist auch Referent auf der Veranstaltung „Vom (UN)SINN ÖKONOMISIERTER BILDUNG: WEGE AUS DER ENTDEMOKRATISIERUNGSSCHLEIFE“ in Frankfurt (siehe S.19 und 20)

die jeweils vermeintlich „moderne und unbedingt für den Unterricht notwendige“ Technik ändert sich: vom PC zum Laptop, heute Tablets, demnächst sind es Virtual-Reality-Brillen, für die schon schulische Anwendungen entwickelt werden. Und immer sind die neuen Geräte angeblich zwingend für modernen Unterricht, würden die Motivation der Schülerinnen und Schüler und den Lernerfolg erhöhen. Es ist ein ständiges Déjà-vu.

Fangen wir doch von ganz vorne an. Was hat der PC im Unterricht gebracht oder nicht gebracht, was heute das Tablet noch besser machen soll?

Mal anders gefragt: Wem hat der Einsatz von PCs in Schulen denn etwas gebracht, außer den Hard- und Softwareanbietern? Und IT-Dienstleister haben die Geräte und Netzwerke konfiguriert, wenn das nicht ein Lehrer oder eine Lehrerin „nebenbei“ erledigt hat. Dazu hat es Microsoft geschafft, dass Schülerinnen und Schüler in etlichen Schulen in Office-Programmen geschult wurden. Was aber Tablets heute besser machen sollen, ist mir ein echtes Rätsel. Das sind ja keine ernsthaften Werkzeuge wie ein Laptop oder ein PC, die man mit entsprechender Hard- und Software nach den eigenen Anforderungen konfiguriert. Tablets sind vom technischen Konzept und der Bedienphilosophie her Unterhaltungselektronik für Erwachsene, wie es Apple-Gründer Steve Jobs mal formuliert hat. Sie sind dafür konzipiert, dass man sich „mal schnell online informieren“ oder medial mit Videos, Serien und Spielen sedieren lassen kann. Sinnvoll arbeiten kann man damit nicht. Die Arbeitsfläche ist viel zu begrenzt und das Arbeiten damit nicht ergonomisch, weder auf dem Tisch noch auf dem Schoß. Es fehlen Eingabegeräte wie Tastatur, Maus oder Joystick. Sinnvollerweise trennt man daher Medienkonsum und Unterhaltung vom Arbeiten, auch durch den Einsatz entsprechender Geräte. Das sollte auch in Schulen so konzipiert werden.

Das klingt so, als könnten Sie zumindest dem Einsatz von PCs oder Laptops im Unterricht durchaus etwas abgewinnen ...

Ja klar, Digitaltechnik ist ein mächtiges und hilfreiches Werkzeug, wenn man weiß, was man damit macht und sich seine Umgebung so einrichtet, dass man selbst die Hoheit über die Daten und Anwendungen hat. Daher plädiere ich ja dafür, dass alle angehenden Lehrerinnen und Lehrer eine intensive Schulung im Einsatz aller möglichen Unterrichtsmedien bekommen, analogen wie digitalen. Nur

dann können sie selbst entscheiden, in welchem Kontext ein Tafelbild oder ein Übungsblatt in ihrem Unterricht sinnvoll ist und wann und wofür genau eine App oder Übung am PC eingesetzt wird. Die Prämisse lautet aber immer: Lehrkräfte entscheiden über den Medieneinsatz. Da kann kein Rektor oder Kultusminister hineinreden. Das ist durch die Methodenfreiheit von Unterricht und Lehre übrigens im Grundgesetz verankert.

Und Sie glauben, auf dem Weg des Digitalpakts, in dessen Rahmen man die Schulen flächendeckend mit IT-Technologie ausstatten möchte, wird dieser Grundsatz ausgehebelt?

Die Grundfrage jeder pädagogischen Arbeit lautet: Was soll genau gelernt und verstanden werden? Die begleitenden Fragen sind: In welcher Schulform unterrichte ich, in welcher Altersstufe, welches Fach? Was sind meine konkreten Fachinhalte und wie können mich Medien dabei unterstützen? Das heißt: Wir müssen den Einsatz von Medien vom Unterrichtsziel und der konkreten sozialen Umgebung her denken und nicht von der Medientechnik her, wie dies zum Beispiel das Bundesbildungsministerium 2016 mit dem Sprüchlein „Einmaleins und ABC – nur noch mit PC.“ so naiv technikgläubig und gegen jeden pädagogischen Sachverstand argumentiert ja nicht einmal der Branchenverband Bitkom, der das klar formulierte Ziel hat, Kinder möglichst früh an IT heranzuführen.

Deshalb: Ja, das entsprechende Lebensalter als Vorbedingung für logisches und technisches Verständnis vorausgesetzt, können bestimmte Anwendungen am PC oder Laptop ergänzend zum Präsenztunterricht, für Gruppenarbeit oder Selbstlernphasen eingesetzt werden. Dafür muss aber eine zweite Bedingung erfüllt sein: Es werden keine Daten von Schülerinnen und Schülern gespeichert und zu Lernprofilen transformiert. Das Sammeln personenbezogener Daten aber ist die notwendige Bedingung für die in der ersten Frage zitierte Phrase des „individualisierten“ Lernens. Individuelle Angebote kann eine Software nur berechnen, wenn personalisierte Daten erhoben werden und das System weiß, wer vor dem Display sitzt. Damit erweist sich die ganze Pseudodiskussion um die angeblich notwendige Digitalisierung für zeitgemäßen Unterricht als Ablenkungsmanöver vom eigentlichen Ziel: Schülerdaten zu erheben für das, was euphemistisch „datengestützte Schulentwicklung“ heißt, im Kern aber Big Data an Schulen ist.

Womit wir dann da wären, was Sie De-Humanisierung nennen?

Ja. Wir können in allen Bildungseinrichtungen den Paradigmenwechsel von der pädagogischen und am Menschen orientierten – und eben nicht messbaren – Arbeit zur kleinteiligen Leistungsvermessung und Kennzahlenfixierung beobachten. Dahinter stehen neoliberale Konzepte, die soziale Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime nicht nur privatisieren und kommerzialisieren wollen, sondern auch an abstrakten Kennzahlen ausrichten. Die Begriffe dafür sind Bildungs-Controlling und Qualitätsmanagement oder Total Quality Management. Die Methoden werden aus der produzierenden Industrie übernommen. Das Ergebnis ist eine Verbetriebswirtschaftlichung der sozialen Einrichtungen.

Das mutet verschwörerisch an, auf alle Fälle ist davon öffentlich nicht die Rede. Wollen Sie sagen, dahinter steht ein politischer Wille, ein konkreter Plan, betrieben durch Regierungen und Parteien?

Durchaus. Nehmen wir als Beispiel die baden-württembergische Schulpolitik. Das Land hatte bei der letzten Schulleistungsstudie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen in den Grundschulfächern Deutsch und Mathematik erschreckend schlecht abgeschnitten und war von den vorderen Plätzen ins Mittelfeld abgerutscht. Was will die Regierung unternehmen? Sie will sich vom Konzept „Schreiben nach Gehör“ abwenden, zentrale Klassenarbeiten einführen und einen klar angeleiteten Unterricht etablieren – alles sinnvolle Ansätze.

Eine Vorgabe ist aber auch der Übergang von der pädagogischen zur „datengestützten Schule“, wofür eigens zwei neue Institute gegründet wurden: das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung und das Institut für Bildungsanalysen. Deren Aufgabe ist das sogenannte Bildungsmonitoring. Dafür müssen im Rahmen regelmäßiger Lernstandserhebungen und Schulleistungsvergleiche möglichst viele Daten gesammelt werden. Man ist also dabei, eine regelrechte Testindustrie aufzubauen, eine Datensammel-Infrastruktur auf Basis des gezielten Einsatzes digitaler Geräte mit permanentem Rückkanal für Nutzerdaten. Das übergeordnete Ziel ist die standardisierte „Produktion“ von abprüfbareren Lernleistungen und das Paradigma des kybernetischen „Messens, Steuerens, Regels“, ein Konzept also, das schon in den 1960er und -70er Jahren als kybernetische Pädagogik entworfen wurde.

Mit dem Unterschied, dass das damals noch unter Science-Fiction lief ...

Die „Zukunft“ ist in vollem Gange. Hamburg setzt schon seit sieben Jahren auf landeseigene, jährliche Tests, entwickelt durch das Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung. Die Ergebnisse werden an Schulleitungen, Fachlehrer, Tutoren, Klassenlehrer, Schulaufsicht, Eltern und Schüler weitergegeben. Auf Basis der Daten sollen Konzepte und Methoden zur Steigerung des Lernniveaus entwickelt werden, die nach zwölf Mo-

naten wieder per Test abgeprüft werden. Hamburgs Schulsensator Ties Rabe spricht vom „Prinzip der freundlichen Belagerung“. Weitere Merkmale dieser Verbetriebswirtschaftlichung sind die Stärkung der Schulleitungen, unsinnige Leistungsvereinbarungen, für die irgendwelche Parameter wie die Anzahl der betreuten Schülerinnen und Schüler als Basis dient, die Rekrutierung von „pädagogischem Personal“ statt Lehrkräften und letztlich die Kontrolle und Steuerung der Lehrenden wie der Lernenden als übergeordnetes Ziel.

Was bedeutet das für die Institution Schule, für die Lehrenden und Lernenden, für die Pädagogik, wenn dieser Weg wirklich beschritten wird?

Es muss einem klar sein: Kennzahlengesteuerte Schulen ändern sich in ihrem Charakter und Selbstverständnis. Sie arbeiten auf Testergebnisse hin wie börsennotierte Unternehmen auf die Quartalszahlen. Man etabliert ein Regime der Kennzahlen durch permanente Kontrolle, kleinteilige Tests, Rankings, sinnlose Wettbewerbe und die Entsolidarisierung innerhalb der Kollegien sowie der Schülerschaft. Wer soziale Einrichtungen nach Kriterien des Qualitätsmanagements ausrichtet, zerstört daher das Soziale dieser Einrichtungen. Aber das ist ja genau die „hidden agenda“ neoliberaler Konzepte. Sozial vereinzelt und untereinander in permanentem Wettbewerb stehende Individuen solidarisiert sich nicht und sind so leichter manipuliert und steuerbar.

Wo bleibt bei all dem der Pädagoge?

Die Bildungsforscherin Sigrid Hartong von der Hamburger Helmut Schmidt Universität hat die Entwicklung unter dem Titel „Wir brauchen Daten, noch mehr Daten, bessere Daten“ kritisch beleuchtet. Unter anderem verweist sie auf die Entstehung neuer Arbeitsplätze für Testmanager, für Qualitätsmanager zur Standardisierung der Tests, für Data-Stewards, die die objektive Eingabe der Daten überwachen, oder für Error-Management-Experten. Dorthin fließen schon heute die Ressourcen statt in Stellen für neue Lehrer, Sozialarbeiter oder Schulpsychologen. Die pädagogische Arbeit im Klassenzimmer gerät damit natürlich noch stärker ins Hintertreffen.

Zurück zum Digitalpakt Schule, der am Freitag mit dem Votum des Bundesrats endgültig besiegelt wurde. Sie behaupten also, der eigentliche Zweck des Projekts ist die Vermessung und –weitergedacht– die Verwertung von Kindern mit Blick auf ihre spätere „Employability“, also Nützlichkeith für den Arbeitsmarkt?

Es geht um zwei Aspekte. Das eine ist die zunehmende Amerikanisierung der Bildungseinrichtung, also Privatisierung und Kommerzialisierung. Dafür steht der Begriff Bildungsmarkt, der nach den neoliberalen und marktradikalen Parametern umgestaltet und bespielt wird. Das zweite ist die „Zurichtung von Humankapital“ mit validierten Kompetenzen nach der Humankapitaltheorie, etwa nach Gary

Experiment an unseren Kindern.“

Becker, wonach Bildung nur eine Ressource ist, die nach Kosten-Nutzen-Kalkül eingeplant wird. Nach dieser Logik ist der Mensch nicht als Person, sondern nur anhand seiner Arbeitskraft und Leistung relevant. Und wie bei allen Produktionsparametern braucht man möglichst exakte Angaben über Leistungs- und Belastungsfähigkeit, vorhandene und mithin erlernbare Kompetenzen, aber auch Informationen über psychometrische Aspekte wie Frustrationstoleranz oder Stressresistenz. Daher werden bei diesen Tests eben nicht nur bestimmte Fertigkeiten abgeprüft, sondern auch Aspekte der Persönlichkeit bis hin zur Vermessung von Emotionen. Das klingt absurd und ist inhuman, aber exemplarisch nachzulesen bei Bill Gates: „In Zukunft werden wir Benutzer wie Computer behandeln: beide sind programmierbar.“

Also auch Kinder?

Man muss das im Kontext von Kita, Schule und Hochschulen konsequent zu Ende denken. Kinder und Jugendliche werden programmiert wie Maschinen und Programmierer beziehungsweise deren Auftraggeber entscheiden, was sie lernen sollen. Das hat dann rein gar nichts mehr mit der Vorstellung einer all-gemeinbildenden Schule zu tun, die das Ziel verfolgt, junge Menschen zu Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu führen, sie neugierig und wissbegierig zu machen, damit sie sich aus eigenem Antrieb mit Themen beschäftigen. Man denke nur an die Kids, wie sie an den Tablets konzentriert und mit voller Aufmerksamkeit genau das machen, was ihnen die Apps vorgeben, um zu begreifen, dass die sogenannte „Digitalisierung von Schule und Unterricht“ ganz sicher nicht das ist, was Eltern und Pädagogen wollen. Denn sie wollen eben nicht, dass ihr Kind ein Funktionsäffchen an der digitalen Leine wird, angelehnt an Eva Hellers Begriff „Konsumäffchen“, das durch Werbung nach den Prämissen der Werbepsychologie gesteuert wird.

Es fällt schwer, sich vorzustellen, dass Politiker und Regierende, wie etwa die frühere Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, die den Digitalpakt politisch angestoßen hatte, derlei Pläne im Schilde führen. Wer hat bei all dem die Fäden in der Hand? Wer sind die Profiteure?

Wer die Profiteure sind, lässt sich im Netz nachlesen: Vertreter der Global Education Industries, die die weltweiten Bildungsmärkte mit ihren Produkten und Dienstleistungen bespielen und über ihre Lobbyorganisationen und Denkfabriken gezielt Einfluss auf die Politik nehmen. Zum Beispiel stellt Bertelsmann über sich fest, „dem Segment Bildung kommt im Rahmen der Wachstumsstrategie (...) eine besondere Bedeutung zu. Es wird in den kommenden Jahren – neben den klassischen Bereichen Medien und Dienstleistungen – zu einer drit-tragenden Säule eines internationalen und wachstumsstarken Konzern-Portfolios ausgebaut.“ Weiter heißt es, dass „Bildung auch online in guter Qualität ausgeliefert werden“ könne, sprich als Produkt, das kostenpflichtig an entsprechend kon-

ditionierte Konsumenten ausgeliefert wird. Dabei ist Bildung nie ein Produkt, sondern immer das Ergebnis von individuellen Bildungsprozessen. Aber es geht den Anbietern um Märkte, nicht um Menschen.

Politiker müssen der Propaganda der IT-Branche aber doch nicht zwangsläufig auf den Leim geben.

Tja, aber sie tun es nun mal. Bei Frau Wanka als promovierter Mathematikerin, Professorin und ehemaliger Hochschulrektorin setze ich voraus, dass sie die Strukturen kennt und aktiv unterstützt hat, auch das Zusammenspiel von IT- und Wirtschaftsverbänden und der Politik. Und eines war ihr mit Sicherheit klar: Wer politisch Karriere machen will, muss pro digital sein, unabhängig vom tatsächlichen Nutzen.

Oder nehmen wir den grünen Ministerpräsidenten, der seit seiner Pilgerreise ins Silicon Valley das Hohelied des Digitalen singt,

gitalpakt, sind dann Konzerne wie die Telekom, die das WLAN für die Schulen einrichtet, oder die Bertelsmann AG, die die passenden Lehrmittel liefert.

Wer das Sagen hat in Berlin, wurde zuletzt im November daran ersichtlich, wo das Bundeskabinett seine Digitalklausur abhielt: Im Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering, das ist eine privat von SAP-Mitbegründer Hasso Plattner finanzierte Einrichtung der Uni Potsdam. Wer die Fäden in der Hand hat und wer sich an Fäden führen lässt, wer offiziell etwas anstößt und wer den Anstoß im Hintergrund initiiert, aus welchem Grund und vor allem, zu wessen Nutzen, ist eine offene Frage. Und je nachdem, wie die Antwort ausfällt, bekommt man schnell Kontakt zu den Rechtsabteilungen der jeweiligen Interessenvertreter. Ich durfte das selbst erleben.

Viele Kinderärzte, Pädagogen, Neurowissenschaftler und Lernpsycho-

logen bezweifeln die Tauglichkeit digitaler Medien als Lern- und Lehrwerkzeug oder warnen sogar vor gravierenden Folgen für die Kindesentwicklung. Da fragt man sich, was die Verfechter der Digitalisierung an Argumenten aufzubieten haben. Gibt es seriöse Studien, die die Bedenken der Kritiker entkräften?

Praktisch sämtliche Untersuchungen zum Thema kommen zu dem Schluss, dass sich kein Mehrwert durch den Einsatz von IT im Unterricht gegenüber analogen Lernformen belegen lässt. Schon die berühmte Metaanalyse „Visible Learning“ des neuseeländischen Pädagogen John Hattie hat gezeigt, dass Rechner und Software in Schulen nichts bringen. Eine PISA-Sonderauswertung der OECD-Studie „Students, Computers and Learning“ ergab, dass Investitionen in die IT-Ausstattung keine nennenswerten Verbesserungen der Schülerleistungen in Lesekompetenz, Mathematik oder Naturwissenschaften

verächter oder Ewiggestrige. In Deutschland hat der Psychiater Manfred Spitzer die Studienlage zusammengetragen und publiziert, zuletzt in den Büchern „Cyberkrank“ und „Smartphone-Epidemie“. Er wird dafür massiv angegriffen und auch persönlich denunziert. Aber die Gegner sollten zumindest die Studien zur Kenntnis nehmen, auf die er sich bezieht. Belegt sind zum Beispiel die Hemmung der Sprachentwicklung, Vereinsamung und soziale Isolation, Verlust der Fähigkeit zur Empathie, Aufmerksamkeitsstörungen, gezielt adressiertes Suchtverhalten, Stress, Kopfschmerzen, Schlafstörungen. Hängene Mütter pausenlos am Smartphone, kommen frühkindliche Bindungsstörungen dazu. Und dann sind da noch Phänomene wie Cybermobbing, Cybergrooming oder Sexting, also Angriffe auf die Integrität der Persönlichkeit junger Menschen, Angriffe, die im Netz eine ganz andere Reichweite haben als im realen



Foto: Kiselev Andrey Valerevich / Shutterstock

obwohl er es als ehemaliger Gymnasiallehrer besser wissen müsste. Jetzt liest man über Baden-Württembergs Digitalisierungsoffensive im Bildungsbereich aber, man müsse „für jede Lebensphase Antworten auf die Fragen der Digitalisierung haben – für die ganz Kleinen über die Schülerinnen und Schüler und Studierenden mit ihren Lehrkräften und Lehrenden, die Azubis, die Beschäftigten bis hin zu den Seniores“. Für jedes Lebensalter und alle erdenklichen Aufgaben gibt es scheinbar digitale Lösungen. Es ist ein absurdes Theater.

Nur wer führt Regie dabei und wie läuft das ab?

Das Muster ist immer dasselbe: Sogenannte gemeinnützige Stiftungen wie die von Bertelsmann, der Telekom oder Vodafone publizieren öffentlichkeitswirksam Studien, die einen vermeintlichen Handlungsbedarf belegen, wodurch dann politischer Handlungsdruck erzeugt wird. Die Nutznießer, etwa beim Di-

Bill Gates:
„In Zukunft werden wir Benutzer wie Computer behandeln: beide sind programmierbar.“

erbrachten. Selbst in der Telekom-Studie „Schule digital“ steht: „Die verstärkte Nutzung digitaler Medien führt offensichtlich nicht per se zu besseren Schülerleistungen. Vielmehr kommt es auf die Lehrperson an.“

Andreas Schleicher, OECD-Direktor für Bildung, formulierte es einmal so: „Wir müssen es als Realität betrachten, dass Technologie in unseren Schulen mehr schadet als nützt.“ In dieselbe Richtung gehen die BLIKK-Studie des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte sowie die Metastudien der Psychologin Jean Twenge aus den USA. Sie meint, Kinder wären nie unglücklicher gewesen als heute, und die Soziologin Sherry Turkle sagt, Digitaltechnik mache uns immer einsamer.

Wie kann es angehen, dass all das in der Öffentlichkeit komplett unberührt bleibt?

Dringt einmal etwas davon durch, werden die Urheber als Alarmisten abgestempelt, als Technik-

Leben und die Betroffenen ein Leben lang verfolgen, weil das Internet nicht vergisst.

Es ist wie bei den Kampagnen der Tabakindustrie. Verkauft wird der „Geschmack von Freiheit und Abenteurer“, also ein Lebensgefühl, demontiert werden die Fakten und die bekannten Folgen. Damit konnten Philip Morris und Co. 40 Jahre lang Milliardengewinne einstreichen, bevor endlich die Tabakwerbung verboten wurde. So arbeitet die Werbewirtschaft bis heute, wenn auch nicht mehr für die Tabak-, sondern die Digital- und Telekommunikationswirtschaft, Stichwort 5G.

Wo sind eigentlich die vielbesprochenen pädagogischen Konzepte, die den Einsatz digitaler Medien im Unterricht begleiten sollen und von denen sich Bildungsverbände und Gewerkschaften versprechen, dass damit ein verantwortungsvoller und vernunftgeleiteter Einsatz digitaler

Fortsetzung Seite 14



Vertrag zur Umsetzung des „Gute Kita- Gesetzes“ in Hessen wurde Ende November 2019 unterzeichnet

DGB äußert sich zu Vor- und Nachteilen

Dass Geld in die Kitaqualität und nicht in Beitragsfreiheit fließt, ist positiv zu bewerten und ein Schritt in die richtige Richtung. Das Land Hessen selbst aber wendet kein Geld auf, sondern setzt allein Bundesgelder und kommunale Gelder ein. DGB und GEW kritisieren dies in ihren Presseerklärungen deutlich.

Der DGB zur Vertragsunterzeichnung des „Gute-KiTa-Gesetz“

Zur heutigen Vertragsunterzeichnung der Umsetzung des KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetzes (KiQuTG) in Wiesbaden, erklärte Sandro Witt, stellvertretender Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen:

„Erfreulich ist, dass die Sozialpartner in den Prozess der Umsetzung des KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetzes in mehreren Gesprächsrunden miteinbezogen worden sind. Die Fachgespräche sollen auch weiterhin die Umsetzung begleiten. Das sehen wir als positives Zeichen dafür, dass das grün-geführte Sozialministerium einen Schritt auf uns zugeht.“

Die Maßnahmen des KiQuTG – auch ‚Gute-KiTa-Gesetz‘ genannt – sollen zum 1. August 2020, teilweise mit Übergangsfristen, in Kraft treten.

Es sei äußerst positiv, dass das Geld vom Bund für das ‚Gute-KiTa-Gesetz‘ in Hessen für eine Verbesserung des Personalschlüssels und der Ausbildungsbedingungen Verwendung findet. „Die Verbesserung des Personalschlüssels wurde von allen Akteuren priorisiert. Das ist das Ergebnis der langjährigen und entschlossenen Arbeitskämpfe, die die Kolleginnen und Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst geleistet haben“, so Witt weiter. Auch die Erhöhung der Ausfallzeiten, die Einführung einer verbindlichen Leitungsfreistellung sowie die Erhö-



Aufnahme aus den 50er Jahren im DDR-Museum in Dresden

hung der Grundpauschalen für alle Kinder, seien Schritte in die richtige Richtung.

Jedoch reiche das Geld vom Bund nicht aus. Damit in Hessen die Betreuungsqualität und die Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte nachhaltig verbessert werden könnten, müsse das Land Hessen seinen eigenen Finanzanteil deutlich erhöhen. Der Beitrag, den die Kommunen bei der Kinderbetreuung schultern müssten, sei in den letzten Jahren stark angestiegen.

„Die Gewerkschaften haben das Land immer wieder darauf hingewiesen, dass der Bedarf an Kinderbetreuung steigen wird. Die Situation hat sich durch die Gebührenbefreiung der Eltern im letzten Jahr noch weiter verschärft. Hier wurde Einiges verpasst! Zwar hat das Land künftig auch über das ‚Gute-KiTa-Gesetz‘ hinaus dauerhafte Fi-

nanzierungszusagen in Aussicht gestellt, jedoch entpuppen sich die zugesagten Gelder als Mogelpackung. Darauf haben wir als DGB bereits mehrfach in der Öffentlichkeit hingewiesen.“

Die Gelder, die vom Land zugesagt worden seien, stammten eigentlich aus dem sogenannten ‚Starke-Heimat-Programm-Hessen‘. Diese ergäben sich aus den Umlagen der Gewerbesteuer – und seien damit keine zusätzlichen Gelder vom Land, sondern Gelder aus den Kommunen, kritisierte Witt und fügte an: *„Ebenfalls negativ zu werten ist die erneute Debatte um die Öffnung des Fachkräftecataloges. Gegen die Senkung des Fachkräftestandards zu Lasten der Qualität in den Kitas wehren sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften entschieden.“*

Pressemitteilung vom 14. November 2019

GEW Hessen kritisiert fehlende Finanzierung durch das Land

Die GEW Hessen hat sich anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung zum ‚Gute-Kita-Gesetz‘ enttäuscht geäußert.

Dazu sagte Karola Stötzel, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, in Frankfurt: „Viele Kommunen und auch die Kommunalen Spitzenverbände haben sich ja schon im Vorfeld mit deutlicher Kritik an der Finanzierung des ‚Gute-Kita-Gesetzes‘ zu Wort gemeldet. Dem können wir nur zustimmen. Das Land finanziert mit originär kommunalen Mitteln seinen Anteil, denn es leitet über das so genannte ‚Starke Heimat Hessen-Gesetz‘ einen Teil der von den Kommunen erhobenen Gewerbesteuer in die Finanzierung des ‚Gute-Kita-Gesetzes‘ um. Dies ist als Eingriff in das Kommunale Selbstverwaltungsrecht zu interpretieren, das immerhin im Grundgesetz und

auch in der Hessischen Verfassung verankert ist.“

Es sei mehr als enttäuschend, so Stötzel weiter, dass die Landesregierung nicht einen Euro aus Landesmitteln für die Kitas zur Verfügung stelle. Die Kommunen seien auf jeden Euro angewiesen:

„Nach Berechnungen, die akzeptable Personalschlüssel zu Grunde legen, fehlen in Hessen zwischen 9.000 und 10.000 Erzieherinnen und Erzieher. Einen Finanzierungsvorschlag hätten wir im Übrigen auch: Das Land könnte auf die Tilgung von Schulden in Höhe von 100 Millionen Euro verzichten und das Geld stattdessen den Kommunen für zusätzliches Personal zur Verfügung stellen. Das wäre im Übrigen auch generationengerecht!“

Pressemitteilung vom 20. November 2019

Fortsetzung: **Ralf Lankau** „Die Digitalisierung ist ein Experiment an unseren Kindern.“

Medien zum Wohle der Schüler gewährt werden?

Nun ja, die werden nach fast 40 Jahren IT in Schulen immer noch gesucht oder müssen jetzt, um am Digitalpakt partizipieren zu können, aus dem Stand entwickelt werden. Das heißt konkret: Geld für Hardware, Infrastruktur und IT-Dienstleistungen ist da, Konzepte nicht. Deutschlands Bildungseinrichtungen sind massiv unterfinanziert, Experten beziffern den Investitionsstau auf 35 Milliarden Euro. Es herrscht ein gewaltiger Lehrermangel, der sich noch verschärfen wird. Die Schulen müssen endlich besser ausgestattet werden, aber nicht mittels Knebelvertrag zur Zwangsdigitalisierung. Warum überlässt man es nicht den Schulen vor Ort, zu entscheiden, wofür sie das Geld ausgeben? Das wären dann nicht unbedingt WLAN-Router und Tablets, sondern vielleicht Bücher,

Sportgeräte oder Musikinstrumente, alles Dinge, die um ein Vielfaches nachhaltiger genutzt werden können als digitale Geräte, die nach zwei Jahren kostenpflichtig als Elektroschrott entsorgt werden müssen.

Die Befürworter der digitalen Schule verweisen gerne auf Vorbilder im Ausland, etwa auf Staaten wie Holland, Australien oder Singapur. Was wissen Sie über diese Fälle?

Es wird ein großer Bohei um Vorzeigeprojekte gemacht, aber die Schulsysteme sind nicht wirklich vergleichbar oder sind einer anderen Tradition verpflichtet. Zum Beispiel steht in vielen asiatischen Ländern der Leistungsgedanke im Vordergrund. Die Schulen sind dort eher Drillanstalten als Lebensraum, mit Ganztagschule und zusätzlicher Nachhilfe und enormem Druck von klein auf. Wollen wir das?

In Holland hat ein geschäftstüchtiger Mensch Steve-Jobs-Schulen aufgemacht und klassensatzweise iPads, Server und Softwarelizen-

zen verkauft. Die Schülerinnen und Schüler hat man mit all der Technik mehr oder weniger sich selbst überlassen. Diese Schulen wurden im vergangenen Jahr geschlossen, weil die minimalen Leistungsanforderungen der achten Klasse nicht erreicht wurden. In Australien wurden in den 1990er Jahren ganze Klassen mit speziell konfigurierten Laptops ausgestattet, die man auch zu Hause, aber nur für schulische Zwecke nutzen sollte. Findige Kids haben sie gehackt, Computerspiele gespielt und für andere Netzanwendungen genutzt. Die Laptops wurden dann wieder eingesammelt.

In Südkorea besitzen praktisch alle Heranwachsenden ein Smartphone und 95 Prozent sind kurzzeitig. Inzwischen wurden Gesetze zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor exzessiver Mediennutzung erlassen und auch an den Schulen ist man wieder zu analogen Lernformen zurückgekehrt. Wenn man überhaupt etwas von solchen Dingen bei uns hört, dann immer mit

dem Hinweis, dass wir in Deutschland es eben besser machen müssten. Dabei wäre es am besten, es einfach bleiben zu lassen.

Dafür dürfte es jetzt zu spät sein ...

Man weiß ja nie. Die holländischen Steve-Jobs-Schulen haben sich auch binnen weniger Jahre unmöglich gemacht und bisher ist noch jedes IT-Gerät im Schuleinsatz irgendwann in der Ecke eingestaubt. Aber klar, die Lage ist ernst. Die „New York Times“ hat vor einem halben Jahr einen Beitrag mit dem Titel „The Gap between rich and poor kids“ gebracht. Danach würden die Reichen dazu übergehen, Bildschirme in den privaten Schulen zu verbieten, während es andererseits staatliche Digitalkindergärten gebe. Immer mehr Kinder aus ärmeren und Mittelstandsfamilien werden demnach an Bildschirmen aufgezogen. Dagegen greife die Elite des Silicon Valley auf Holzspielzeug und den Luxus der menschlichen Interaktion zurück. Google, Apple und

Facebook wissen also ganz genau, was sie anrichten.

Sieht so also die Zukunft aus? Der Status der Eltern entscheidet darüber, ob Kinder von Menschen unterrichtet werden oder von Algorithmen? Damit sind wir wieder bei der De-Humanisierung, allerdings nicht mehr als Fiktion, sondern als Realität, zunächst noch in den USA und in der Drillvariante in Teilen Asiens. Deutschland ist noch nicht ganz so weit, aber wenn IT-Verbände und Wirtschaftslobbyisten über Investitionen in Schulen bestimmen, werden diese Szenarien auch bei uns Wirklichkeit. Chris Anderson, früherer Chefredakteur des „Wired“-Magazins, hat die Vorgänge sehr treffend in der New York Times formuliert: „Technologie ist ein riesiges soziales Experiment an Kindern.“

Das Interview ist auf den NACHDENKSEITEN am 18. März 2019 erschienen. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=50213>

„Der Kampf gegen rechts muss ein Kampf gegen Entwurzelung und Ohnmacht sein.“

„Obwohl keine Veranstaltung der AfD ohne Gegenprotest blieb, zeigen die Wahlergebnisse: Die alten Rezepte wirken nicht mehr! ... Die alte Enttarnungsstrategie wirkt nicht mehr. Zu sehr ist ist die Gesellschaft im Umbruch...“ schreibt Ulrike Eifler, Geschäftsführerin der DGB Region Südosthessen und Bundessprecherin der AG Betrieb und Gewerkschaft der Linken (in „betriebs&gewerkschaft“, die Linke Dezember 2018). Und sie zieht die Schlussfolgerung: „Der Kampf gegen rechts muss ein Kampf gegen Entwurzelung und Ohnmacht sein.“

Ähnliches fordert in derselben Zeitschrift (2/2019) Prof. Klaus Dörre von der Universität Jena in einem Interview zu den Auseinandersetzungen im brandenburgischen Braunkohlerevier von den Gewerkschaften. Diese müssten sich „zwischen einer konservierenden und einer transformativen Interessenspolitik“ entscheiden, welche die ökologische Frage, die soziale Frage und die Demokratiefrage miteinander verbindet. Dörre schlägt dafür „Wirtschafts- und Sozialräte“ vor,

„die nicht nur mit Gewerkschaften und Wirtschaftsvertreter*innen besetzt sind, sondern auch mit gesellschaftlichen Initiativen ...“

Damit erweitern beide das Gesichtsfeld und rücken den Fokus auf diejenigen Kräfte, die weiterhin dem ungezügelt Marktmechanismus seinen Lauf lassen. Und die es zulassen, dass eine renditegetriebene Konkurrenzwirtschaft die sozialen und ökologischen Grundlagen der Gesellschaft unterhöhlt. Das ist Wasser auf die Mühlen der rechten Bewegungen und Gruppierungen und provoziert Ohnmachtsgefühle und Verdrössenheit bis hin zum Hass.

Wenn zu den Abstiegsängsten für immer mehr Menschen explodierende Mietpreise, fehlende private Planungsicherheit und die Furcht vor Altersarmut hinzukommen, sich gleichzeitig aber die Versprechungen der regierenden Parteien als Moge-packungen herausstellen, dann findet der Ruf nach der „starken Hand“ schnell Anhänger.

Nur noch 30 Prozent der Jugendlichen im Westen und 27 Prozent im Osten vertrauen der Bundes-

regierung; den Parteien vertrauen nur 22 Prozent im Westen und 19 Prozent im Osten (Studie der Otto-Brenner-Stiftung über die politischen Einstellungen der Jugendlichen vom Februar 2019 – vgl. a. FLZ 1/2019). Und 23 Prozent der Jugendlichen im Westen und 26 Prozent im Osten, also jeder vierte Jugendliche, stimmt der Aussage zu: „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlamente und Wahlen kümmern muss.“

Krieg und Handel waren in der Geschichte noch nie zu trennen. Aber gegenwärtig erleben wir eine Verschärfung der Konkurrenz selbst unter „befreundeten“ kapitalistischen Ländern, Sessionsbestrebungen und nationale Vorteilsnahmen.

Den regierenden Parteien fällt nichts anderes ein, als auf Konkurrenzvorteile zu setzen. In Deutschland hat die Exportüberschuss-Fixierung eine solch gewaltige Bedeutung, dass darüber sogar die Infrastruktur in erbärmlichem Ausmaß vernachlässigt wird, um Unternehmen zu entlasten und Exporte zu fördern.

Darüber hinaus wurden internationalen Unternehmen Kapitalanlagemöglichkeiten geboten, indem massenweise kommunale Wohnungsunternehmen verkauft und der (nicht vermehrbare) Grund und Boden der Spekulation überlassen wurde. Privatisierung von Gemeingütern war und ist immer noch die Leitlinie nicht nur der CDU. Mit der Folge, dass die Verfügungsgewalt an Private und deren Renditeerwartungen abgetreten wird.

Gleichzeitig wird zugelassen, dass hinter den Kulissen Horden von Beratern die Entscheidungsgewalt über nach außen hin demokratisch verfasste Organe wie Parlamente und Ministerien eingeräumt wird (Pricewaterhouse Coopers u.v.a.).

Von daher sind die Ohnmachtsgefühle in der Bevölkerung keineswegs nur eingebildet.

NGOs wie LOBBY CONTROL (oder Transparency International) haben u.a. die Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte und das Verhältnis von Banken und Regierungen aufgedeckt, deren geschätzte Schäden die Bevölkerung allein in Deutschland zwischen 2001 und 2016 mindestens 32 Milliarden Euro ausgefallene Steuereinnahmen gekostet haben.

Werner Rügemer hat die „Scharnierfunktion“ zwischen Unternehmensstrategien und Politik in seinem

Buch „Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts“ ausführlich beschrieben. In der CDU hätte sich der „Black-Rocker“ Friedrich Merz fast gegen seine Mitbewerber um den Parteivorsitz durchgesetzt.

Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass „Demokratie“, wie sie in vielen Lehrbüchern formal abgehandelt wird, nicht die Formen beschreibt, in denen sie in der Realität mit Inhalt gefüllt wird. Ich habe den Titel für mein Buch „Mit Demokratie ernst machen“ nicht zufällig gewählt.

Wer immer sich mit AfD und ähnlichen Bewegungen auseinandersetzt, sollte sich von daher zunächst mit den ‚Hauptakteuren‘ befassen, die dafür sorgen, dass ein Wirtschaftsmechanismus weiter möglichst ungestört am Laufen gehalten wird, der zahllose Verlierer, eine gesellschaftliche Spaltung, ein ökologisches Desaster und zunehmend kriegerische Szenarien hervorbringt.

Unertlich wird es, wenn Einrichtungen der politischen Aufklärung, wie sie die vielen NGOs darstellen, finanziell und juristisch angegriffen werden. Die CDU ging auf ihrem Parteitag 2018 gegen die Deutsche Umwelthilfe vor, die AfD folgte getreu auf dem Fuße. Dass jetzt auch noch die VVN finanziell bedroht wird, zeigt, dass den regierenden Parteien anscheinend auch das Mahnen gegen den Krieg lästig wird.

Christoph Baumann hat in der FLZ 4/2018 am Beispiel der Bildungspolitik dargestellt, wie leicht es der AfD von den Regierungsparteien gemacht wird, auf Defizite hinzuweisen und sie für ihre Zwecke auszuschlachten. Solange diese Regierungsparteien die Kritik der Gewerkschaften und ihre Vorschläge ignorieren, liefern sie weiteres Futter für die AfD. *Herbert Storn*

Rechtsextreme Gewerkschafter*innen. Gibt es das?

Vortrag – Gespräche – Workshops mit Klaus Dörre am 8. Februar 2020 im Frankfurter Gewerkschaftshaus

Inzwischen ist die extrem rechte Partei AfD in alle Landesparlamente und den Deutschen Bundestag eingezogen. Diese Partei vertritt – worauf alle DGB-Gewerkschaften immer wieder öffentlich hingewiesen haben – Positionen, die weder mit gewerkschaftlichen Grundwerten wie Solidarität und Gleichberechtigung vertretbar, noch im ökonomischen Interesse des überwiegenden Teils der Gewerkschaftsmitglieder sind.

Dennoch wählten bei den vergangenen Landtagswahlen er-

schreckend viele Gewerkschaftsmitglieder die extrem rechte Partei AfD. Aber es ist keine ostdeutsche Besonderheit, wie die Analyse des Wahlverhaltens von Gewerkschafter*innen bei der letzten Wahl in Hessen zeigt.

Diese Entwicklung stellt uns als Gewerkschaften vor große Herausforderungen. Beruhigen kann nicht, dass bei den letzten Betriebsratswahlen in 2018 die AfD-nahe, so genannte „Ein-Prozent-Bewegung“ (noch?) keine nennenswerte Rolle gespielt hat.

Wir möchten mit Prof. Dr. Klaus Dörre von der Universität Jena diskutieren, wie wir rechtsextremes Gedankengut in den Betrieben und im Alltagsleben einschränken können. Hierzu bedarf es einer Analyse, wie der „Saatboden“ für einen neuen Faschismus“ entstehen konnte. Es gibt keine einfachen Antworten auf die Frage, wie wir als Betriebsrat*innen und Gewerkschafter*innen, das betriebliche und gesellschaftliche Leben so beeinflussen können, dass keine falschen „Sündenböcke“ gefunden

werden und rechtes Gedankengut keinen Nährboden findet. Lasst uns das Problem gemeinsam angehen!

**Samstag, 8. Februar 2020
10 – 16 Uhr,
Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Str. 77**

*Anmeldungen bitte bis zum 1. Februar 2020 an Peter-Martin Cox (Geschäftsführer NGG)
Veranstalter: Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten Region Frankfurt-Rhein-Main in Kooperation mit dem DGB Frankfurt am Main.*

„Allein gegen Hitler“

Leserinnenbrief zum Artikel „Allein gegen Hitler“ von Helmut Ortner, FR vom 8. November 2019

Ich war sehr angetan, dass die FR am 8. November an Georg Elser erinnerte, der als „einfacher Arbeiter“ bereits 1939 erkannt hatte, dass es sich bei der Nazi-Regierung um ein verbrecherisches Regime handelte.

Verwundert war ich allerdings, dass Ortner behauptet, Politik habe Elser nicht interessiert und das Attentat sei allein aus seiner zutiefst pietistischen Überzeugung erwachsen, dass im Land Ungerechtigkeit herrsche.

Liest man Zitate aus den Verhörprotokollen (Wikipedia zu Georg Elser), so kann von Desinteresse an Politik keine Rede sein. Ein Beispiel: „So z.B. habe ich festgestellt, dass die Löhne niedriger und die Abzüge höher wurden. [...] Der Stundenlohn eines Schreiners hat im Jahr 1929 eine Reichsmark betragen, heute wird nur noch ein Stundenlohn von 68 Pfennigen bezahlt. [...] Der Arbeiter kann z.B. seinen Arbeitsplatz nicht mehr wechseln, wie er will; er ist heute durch die HJ nicht mehr Herr seiner Kinder, und auch in religiöser Hinsicht kann er sich nicht mehr so frei betätigen.“



Georg Elser (WikiCommons)

Die Behauptung des Autors verundert umso mehr, als er in seiner Elser-Biografie schreibt: „Nicht nur im Orchester des Trachtenvereins, [...] auch bei den Konstanzer NaturFreunden war Georg inzwischen gerngesehenes Mitglied. Dort, unter politisch Gleichgesinnten, fühlte er sich wohl.“

Und über die „Gesinnung“ der NaturFreunde sagte der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse anlässlich des 100jährigen Jubiläums der NaturFreun-

de Deutschlands am 8. Oktober 2005 über Elser: „... waren die NaturFreunde überzeugte Gegner der Nationalsozialisten. Nach der Machtergreifung Hitlers begannen die Nationalsozialisten, die Organisation zu zerschlagen und alles, was die NaturFreunde bis dahin aufgebaut hatten, zu zerstören. Viele NaturFreunde gingen in den Widerstand. Einer der bekanntesten Widerstandskämpfer aus den Reihen der NaturFreunde ist Georg Elser, dessen Attentat auf Hitler nur wegen eines unglücklichen Zufalls scheiterte. Sein Mut zeigt, dass die Mitglieder der NaturFreunde eben immer mehr waren und sind als unpolitische Freunde der Natur. Sie stehen ein für Demokratie und Freiheit, für soziale Gerechtigkeit, für den Schutz der Schwachen und der natürlichen Lebensgrundlagen.“

Wenn also Georg Elser in dieser Organisation, die im nächsten Jahr in Wien ihr 125jähriges Jubiläum feiert, Mitglied war, kann er nicht unpolitisch gewesen sein.

Marianne Friemelt

Mischmasch



Angesichts des zunehmenden Antisemitismus bis hin zu dem schwerwiegenden Anschlag in Halle hat das MEGALOMANIA-Theater in Frankfurt am Main unter Leitung von Abraham Teuter die Wiederaufführung des Stücks „Mischmasch“ (von 1907, über Hetzjagden, Antisemitismus und Musik und Liebe, exklusiv bei Megalomania) auf den Spielplan gesetzt.

Geplant war, im Anschluss an die erste Aufführung am 15. November 2019 eine Diskussion zu veranstalten, auf der Betroffene (Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler) ihre Erfahrungen mit Diskriminierung und aufbrechenden Vorurteilen dem Publikum mitteilen und die Frage der Sensibilisierung und der Überwindung solcher Denk- und Verhaltensweisen diskutieren.

Leider gab es dazu zu wenige Rückmeldungen, sodass es bei der Theateraufführung blieb.

Allerdings hat der Bezirksverband Frankfurt weitere Aufführungen mit Schul-



Das neue Georg-Elser Denkmal in Hermaringen, Foto: Karl-Anton Walter

– Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben.

300. Montagsdemo am Frankfurter Flughafen



Zweitausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer versammelten sich im Terminal 1
Foto Wolfgang Hoffmeister

„Aufgeben kommt für die Fluglärmpgegnern nicht in Frage“ titelt das Hessen-Fernsehen am 11.11.2019. Und weiter: „Rund acht Jahre nach dem ersten Protest fand am Frankfurter Flughafen ihre 300. Montagsdemo statt. Unerfüllte Forderungen gibt es reichlich.“

Unter dem Motto: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Ruhe klaut.“ geben jeden Montag seit 2011 die fluglärm- und -gestank-gequälten Menschen aus dem Rhein-Main-Gebiet dem Fraport „den Lärm zurück“, dem sie tagtäglich zwischen 5 und 23 Uhr, aber auch bei allzu vielen „Ausnahmen“ mitten in der Nacht ausgesetzt sind.

Dieses Mal wurden die bisherigen Veranstaltungen nochmals getoppt: eine Fastnachtsskapelle begleitete die Veranstaltung mit Musik zum 11.11., und die Aktion „Deutschland fliegt nicht“ wurde eingeleitet. Eine Aktionswoche im Februar soll diese fest verankern, sie ist aber auch jetzt schon in allen Netzwerken zu sehen. Diese wird präsentiert durch ein Sofa, der Appell lautet: „Bleib einfach mal zuhause und mach es dir bequem!“

Der Mainzer Kabarettist Lars Reichow las dem Flughafen ordentlich die Leviten, appellierte aber auch an die Anwesenden, ihre Konsumgewohnheiten den Erfordernissen der Klimaerwärmung anzupassen.

Zum Schluss sangen der Naturfreundechor Rhein-Main aus Frankfurt zusammen mit den befreundeten Trällerpeifen aus Offenbach, beide unter Leitung von Ruth Eichhorn, die Mut machenden Lieder zur Beteiligung an der Flughafen-BI und das inzwischen weltweit gesungene „Sing for the climate“.

Ein Bericht im Deutschlandfunk findet sich unter <https://svr.deutschlandradio.de/themes/dradio/script/aod/index.html?audi...>



Im Rahmen einer Aktionswoche vom 10. – 16. Februar 2020 sollen möglichst viele Menschen privat und geschäftlich auf Kurzstrecken- und Inlandsflüge verzichten. Dazu wurde ein „Gemeinsam-Nix-Tun-Sofa“ (Foto unten) enthielt, das durch ein Prinzip von Konfuzius inspiriert sei.

Das Sofa soll später auch in Berlin am Brandenburger Tor und vor dem Kanzleramt für den Verzicht auf Kurzstreckenflüge werben. (...)



In einem Grußwort (Foto: Walter Kleber) drückte der Landesvorsitzende der NaturFreunde Hessen, Jürgen Lamprecht, die Solidarität der NaturFreunde aus, die seit den Kämpfen gegen die Startbahn West seit an Seit mit den Bürgerinitiativen stünden. Die 300. Montagsdemonstration zeige, dass die unter den Folgen des Ausbaus des Frankfurter Flughafens leidenden Menschen der Region einen langen Atem hätten und nicht aufgeben, bis ihre Forderungen erfüllt seien.

Kampagne Deutschland fliegt nicht

Rolf Fritsch wohnt in Hochheim und ist Haupt-Initiator der Kampagne „Deutschland fliegt nicht“, die bei der 300. Montagsdemo am Frankfurter Flughafen feierlich eingeweiht wurde. (siehe www.youtube.com/watch?v=X3JtBPOQ4U&list=PL8-sAumJqP9mA8eHiH8ollmwkxq3nBqa)

Die Kampagne soll den Druck auf die Politik verstärken, die ungerechten Steuervorteile (Umsatzsteuerbefreiung für internationale Flüge, Verzicht auf Kerosinsteuern) fürs Fliegen aufzuheben und gleichzeitig den Ausbau von Bodenbeförderungsmitteln zu verstärken. Sie wird von Prominenten mitgetragen und richtet ihr Anliegen, Flüge zu unterlassen, wenn andere Verkehrsmittel zur Verfügung stehen, auch an Unternehmen, Verbände, Institutionen und Politiker aller Parteien.

Schaut man auf die Webseite von „Deutschland fliegt nicht“, so findet man dort die Einladung zu weiteren Kampagnen wie zum Beispiel „Deutschland bestellt nicht“ und „Deutschland spart Wasser“ sowie einen Hinweis auf das Buch von Hans-Peter Huppert „Die Sünden der Nachhaltigkeit“, der die „globale Ego-Gesellschaft“ und den „digitalen Kapitalismus“ mit seinem Paradies aus unendlichem Wachstum und unbegrenztem Konsum anprangert.

Siehe auch: <https://deutschland-fliegt-nicht.de>

Als gäbe es keine Umweltbewegung:

Luftverschmutzung: Verbrennungsrückstände von 17 Millionen Kerosin täglich

Ein Düsenjet verbrennt in den ersten zwei Kilometern seit seinem Start 25 000 Liter Kerosin. Bei 700 Starts am Tag regnen demgemäß tagtäglich die Verbrennungsrückstände von 17,5 Millionen Tonnen Kerosin herunter und verteilen sich in der Rhein-Main-Region, wobei die Landungen noch nicht mitgerechnet sind.

Neben dem Lärm ist die Luftverschmutzung damit das größte Problem, nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Natur. Die Auswirkungen von Ultrafeinstaub mindern unsere Lebensqualität, sie sind aber auch eine Hinterlassenschaft für Kinder und Kindeskind und alle Pflanzen und Tiere für Jahrzehnte.

Die WHO hat Feinstaub im Jahr 2013 als eindeutig kanzerogen eingestuft. Die gesundheitlichen Belastungen durch den Flugverkehr haben die Grenzen des Erträglichen bereits weit überschritten. Eine Steigerung der Flugbewegungen um noch einmal 40 Prozent bedeutet einen weiteren brutalen Eingriff in das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Das so genannte Nachtflugverbot: „Greenwashing“ funktioniert nicht

Nach der Theorie sollte zwischen 23 Uhr am Abend und 5 Uhr am Morgen Ruhe sein für die Anwohner*innen des Rhein-Main-Gebiets. Dieser Zeitraum ist viel zu kurz, um eine wirkliche Nachtruhe zu gewährleisten. Das Bündnis der Bürgerinitiativen und die NaturFreunde fordern deshalb ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr (gesetzliche Nacht).

Doch sogar das bestehende, viel zu mickrige Verbot wird zu oft gebrochen: Nach einem Bericht in der Hessenschau wurde im Jahr 2018 ein neuer Rekord erreicht: 1.098 Landungen zwischen 23 und 0 Uhr wurden registriert. Diese gingen zu großen Teilen (31 %) auf das Konto der Billigfluggesellschaft Ryanair, die zuvor mit besonders niedrigen Flughafenentgelten angelockt worden war.

Der Grund: Nur fliegende Flugzeuge bringen Profit, und deshalb werden die

Flugpläne so eng kalkuliert, dass bei der kleinsten Wetterstörung das Nachtflugverbot schon gebrochen werden muss.

Dem könnte entgegengewirkt werden, wenn man für solche Fälle die Landgebühren so stark erhöhen würde, dass sich die verspätete Landung einfach nicht mehr rechnen würde und die Fluggesellschaft ihre Flugpläne entzerren müsste.

Das aber ist wohl weder für das hessische Wirtschaftsministerium noch für den Flughafenbetreiber Fraport eine Option. Die Bevölkerung leidet weiter, besonders in den Sommermonaten, in denen sich wegen extremer Wetterereignisse die meisten Verletzungen des Nachtflugverbots ereignen.

Ausbaupläne gehen unter schwarzgrün unverändert weiter – man reißt sich angesichts der notwendigen Transformation verwundert die Augen.

Die Nostalgieker unter uns werden sich noch erinnern: an die Zusage der 80er Jahre, dass nach Bau der Startbahn West kein Baum mehr für den Flughafen fallen solle.

Doch der Flughafen wächst weiter, und die derzeit 500.000 Flugbewegungen reichen nicht: es sollen 700.000 werden. Dazu wird ein Terminal 3 gebaut, für das 600.000 Kubikmeter Erdaushub notwendig sind. Dieser Boden ist mit PFC (per- und polyfluorierten Chemikalien) belastet und soll für Jahre auf dem Gelände des neuen Terminals zwischengelagert werden.

Um die 700.000 Flugbewegungen zu schaffen, fliegt seit 2017 auch Ryanair ab Frankfurt. Wir erinnern uns: das ist die Fluggesellschaft, von der vor einiger Zeit in einem Fernsehbericht zu sehen war, wie sie Arbeitnehmerrechte mit Füßen tritt, Betriebsrat und Tarifvertrag zu verhindern versucht, aber auch in diversen Gerichtsverfahren zum Verbraucherschutz unterlegen ist.

Die Kooperation mit diesem Unternehmen ist dem Flughafenbetreiber Fraport so wertvoll, dass die wissenschaftliche und willentliche weitere Zerstörung der Lebensgrundlagen der im Rhein-Main-Gebiet lebenden Bevölkerung hingenommen wird.

Forderungen unverändert aktuell:

Zusammen mit den NaturFreunden haben die „Flughafen-Bürgerinitiative“ sowie die „Initiative Zukunft Rhein-Main“ folgende Grundforderungen formuliert:

- **Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen der Region, die der Kapazitätssteigerung des Luftverkehrs in der Rhein-Main-Region dienen könnten.**
- **Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr**
- **Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger**
- **Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie. Stopp der Subventionen**
- **Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000/Jahr und der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main Gebiet**
- **Stilllegung der Landebahn Nord-West**

<http://www.flughafen-bi.de/> - <https://www.zukunft-rhein-main.de/>

https://www.fridaysforfutureffm.de/fridays-future-100-15793917956_v1609.jpg



Fridays for Future –

eine neue Etappe in der Bewusstseinsbildung. Fridays for Future Frankfurt Unsere Forderungen an die Stadt Frankfurt am Main

Klimaschutz muss überall geschehen – und sowohl auf globaler, europäischer, nationaler und Landesebene, als auch auf kommunaler Ebene schneller und konsequenter umgesetzt oder ganz neu gedacht werden. Bestehende Strategien zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel müssen überarbeitet und angepasst werden, um dem Ernst der Lage und den Vorgaben des IPCC Report gerecht zu werden. Jede Ebene der Politik hat die Verantwortung, ihren Beitrag zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels und der

Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen für die zukünftigen Generationen zu leisten. Nur gemeinsam kann eine Lösung der Klimakrise gelingen. Dies muss selbstverständlich über Parteigrenzen hinaus geschehen. Klimaschutz betrifft alle, egal welcher politischen Richtung sie sich zugehörig fühlen. Die Forderungen von Fridays for Future Frankfurt am Main sollen die konkrete Umsetzung der bundesweiten Forderungen von Fridays for Future Deutschland auf Kommunalebene voranbringen.

Fridays for Future Frankfurt am Main fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. Explizit fordern wir für Frankfurt am Main:

1. **Frankfurt am Main ruft den Klimanotstand aus. Die Stadt berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt bei sämtlichen Entscheidungen. Es werden diejenigen Lösungen bevorzugt, deren Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt am positivsten sind. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit (billigster Anbieter einer Dienstleistung/Produkt) soll sich dem Prinzip der Nachhaltigkeit unterordnen.**
2. **Nettonull 2030 erreichen und 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2030.**
3. **Klimaneutrales Bauen und grüne Stadtentwicklung.**
4. **Eine umfassende Verkehrswege.**
5. **Mehr Jugendbeteiligung.**

Energie und Bauen

1. Die gesamte Energieversorgung der Stadt Frankfurt am Main wird spätestens 2030 zu 100% durch erneuerbare Energien gedeckt.
2. Die Stadt Frankfurt am Main richtet ein „Energiewendezentrum“ ein, das zentrale Ausbildungsort, Anlaufstelle und Ausstellung rund um erneuerbare Energien ist. Dieses Zentrum richtet sich an private, gewerbliche und öffentliche Energieverbraucher, Mitarbeiter*innen kommunaler/öffentlicher und sozialer Institutionen, an Verbände, Politiker*innen, Energieberater*innen und Gewerbe.
3. Die Stadt Frankfurt am Main schaltet das HKW West sofort auf Gas um. Eine vollständige Abschaltung erfolgt spätestens 2022.
4. Die Stadt Frankfurt am Main stattet bis 2025 alle geeigneten Dächer mit Photovoltaik oder Dachbegrünung aus. Die Stadt schreibt in all ihren Bebauungsplänen vor, dass ab 2020 alle Neubauten mit Photovoltaik bzw. Dachbegrünung oder Fassadenbegrünung realisiert werden müssen.
5. Die Stadt Frankfurt setzt in der Stadtentwicklung verstärkt auf Altbestand und bereits versiegelte Flächen. Bei sämtlichen Bauvorhaben ist auf den Erhalt von Frischluftschneisen und Stadtbegrünung zu achten bzw. sind diese neu zu schaffen.
6. Die „Grüne Lunge“ wird nicht bebaut und bleibt als wichtige Kalt- und Frischluftschneise und Ort der Biodiversität erhalten.
7. Die Stadt Frankfurt am Main legt ein Förderprogramm auf, um fossile Öl-/Gasheizungen in Wohn- und Geschäftshäusern durch regenerativ betriebene Systeme zu ersetzen. Ein Ansatz könnte sein,

- dass sich die Förderung am eingesparten CO₂-Ausstoß pro Gebäude orientiert.
8. Die Stadt Frankfurt am Main fördert gezielt den Einsatz von weniger Beton und arbeitet auf ein möglichst klimaneutrales Bauen hin. Neubauprojekte sind grundsätzlich nach dem Passivhausstandard zu errichten.
 9. Die Stadt Frankfurt am Main fördert die nachhaltige Dämmung von Gebäuden.
 10. Die Stadt Frankfurt stellt ihre öffentliche Beleuchtung auf stromsparende LED Lampen um. Die Lichtanlagen sollen ebenfalls dazu beitragen, dass die Lichtverschmutzung der Stadt reduziert wird. Hierzu zählt auch die Optimierung der Beleuchtungszeiten.
 11. Keine der genannten Maßnahmen darf zur Erhöhung von Mietpreisen und Verdrängung führen. Vielmehr ist eine soziale und strukturelle Durchmischung das Ziel sämtlicher Quartiersentwicklungsmaßnahmen.

Verkehr

1. Bis 2020 erarbeitet die Stadt Frankfurt am Main ein Konzept zu nachhaltigem und umweltschonendem Verkehr. Mit der Umsetzung der Maßnahmen wird ab spätestens 2020 begonnen. Ziel ist, alle Maßnahmen bis 2025 umzusetzen.
 - Bis 2025 wird sich die Frankfurter Innenstadt drastisch verändern.
 - Der motorisierte Individualverkehr wird bis 2025 aus der Innenstadt verschwinden. Für Fahrzeuge der Behörden und spezielle Unternehmensfahrzeuge soll es Ausnahmen geben, diese haben klimaneutrale Antriebsformen als Bedingungen. Freigewordene Flächen stehen für Grünflächen, Fuß- oder Radinfrastruktur und Quartierflächen zur Verfügung.

- Innerstädtische Parkplätze werden größtenteils in Grünflächen und Flächen für Fußgänger und Radfahrer umgewidmet. Ein kleiner Anteil der Parkflächen bleibt z.B. für Lieferverkehr, Rettungsfahrzeuge und kommunale Fahrzeuge erhalten. Seitenstreifen, die für parkende Autos zur Verfügung standen, werden ebenfalls umgewidmet.
- Parkgebühren im Innenstadtbereich werden in Vorbereitung auf die Autofreie Innenstadt um mindestens 50% angehoben.
- Parkflächen für Autos werden in städtische Randgebiete verlagert.
- 2. Die klimafreundliche Verkehrsinfrastruktur wird prioritätär ausgebaut.
- Im Stadtgebiet wird bis 2020 die lückenlose Versorgung mit Ladestationen für E-Autos gewährleistet. In der autofreien Innenstadt stehen Ladestationen ab 2025 nur noch an von Ausnahmeregelungen betroffenen Gewerbestellplätzen oder Stellplätzen städtischer Fahrzeuge zur Verfügung.
- Die Stadt Frankfurt am Main und zugehörige kommunale Betriebe (z.B. Stadtwerke, Fuhrbetriebe) rüsten bis 2022 alle städtischen Fahrzeuge, die auf Basis fossiler Brennstoffe operieren, zu klimaneutralen Antriebsformen um. Zudem werden ab dem 01.08.2019 keine neuen, durch fossile Brennstoffe betriebenen Fahrzeuge angeschafft.
- Die Stadt Frankfurt am Main fördert die Anschaffung klimaneutraler Firmenfahrzeuge für kleine oder mittelständische Unternehmen bzw. die klimaneutrale Umrüstung bestehender Flotten, um von der autofreien Innenstadt betroffenen Gewerbe zu entlasten.
- 3. Der ÖPNV wird zum Verkehrsträger Nummer eins.
 - Der ÖPNV wird für alle Bürger*innen spätestens 2025 kostenfrei.
 - Vor allem Randgebiete werden besser durch den ÖPNV angebunden, der Takt wird erhöht.
 - Insgesamt werden die Kapazitäten des ÖPNV stark ausgebaut, um den steigenden Bedarf gerecht zu werden. Dazu gehört auch ein Ausbau des Komforts (Renovierung der Bahnstationen, überdachte/begrünte Warterhäuschen, flächendeckendes WLAN).
 - Der ÖPNV wird bis Ende 2020 zu 100% barrierefrei.
 - Ab sofort wird der gesamte Energiebedarf des ÖPNV durch erneuerbare Energien gedeckt.
 - Die Stadt Frankfurt am Main wird ab dem 01.08.2019 keine neuen Busse

- anschaffen, die auf fossilen Antriebsformen basieren.
- 4. Die Stadt Frankfurt am Main verändert ihre Politik hinsichtlich des Flughafens, in enger Kooperation mit dem Land Hessen.
 - Jeglicher Flughafen ausbau wird gestoppt.
 - Ab 2035 dürfen von Flughäfen der Fraport AG nur noch klimaneutrale Flugzeuge starten.
 - Die Fraport AG erhöht auf allen ihren Flughäfen die Startgebühren für Kurzstreckenflüge.
 - Alle Betriebsfahrzeuge wie Busse, Flugzeugschlepper, Gepäckfahrzeuge werden wie der gesamte Betriebsstrom vom Flughafen auf nicht fossile Arbeits- und Antriebsformen umgestellt.
- 5. Die Stadt Frankfurt am Main nutzt CO₂-Minderungspotentiale an allen Schiffsanlegern im Stadtgebiet durch regenerativ erzeugten Landstrom.

Jugendbeteiligung & Bürgerbeteiligung

1. Die Stadt Frankfurt am Main setzt verstärkt auf Runde Tische und mehr Bürgerbeteiligung.
2. Die Stadt Frankfurt am Main richtet ein Jugendparlament ein, das die Jugend in der Politik mit großem Einfluss vertritt.
 - Das Jugendparlament soll Rede-, Antrags- und Stimmrecht in Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung haben. Die Stadt Frankfurt setzt sich dafür aktiv für eine Änderung der Gemeindeordnung des Landes Hessen ein.
 - Das Jugendparlament soll ein finanzielles Budget für eigene Projekte bekommen.

- Das Jugendparlament soll sich an allen Themen beteiligen dürfen.
- Das Jugendparlament soll eigene Parteien und Fraktionen haben und keine Kopie der heutigen Parteienlandschaft darstellen.
- Die Stadt Frankfurt am Main setzt sich gezielt für ein Jugendparlament auf Landesebene ein.
- 3. Die Stadt Frankfurt am Main setzt sich gezielt für ein Wahlrecht ab 16 ein.

Sonstiges

1. In öffentlichen Kantine und Mensen, Museumsrestaurants etc. werden ab 2020 mehr vegetarische oder vegane, als Fleischgerichte angeboten. Zudem wird als günstigste Variante immer ein vegetarisches/veganes Gericht angeboten.
2. Im Energiewendezentrum wird über die Umstände der Massentierhaltung und deren Einfluss auf den Klimawandel aufgeklärt. Dazu gehören auch in den Unterricht zu integrierenden Kampagnen an Schulen.
3. Die Stadt Frankfurt am Main soll Flüchtlingen Schutz bieten.
4. Die Stadt Frankfurt am Main erklärt sich zum „sicheren Hafen“.
5. Die Stadt Frankfurt am Main unterstützt Projekte der zivilen Seentretung finanziell.
6. Die Stadt Frankfurt am Main richtet eine Infrastruktur für Foodsharing ein. Unternehmen werden verpflichtet, noch genießbares Essen nicht mehr wegzuerwerfen, sondern an Organisationen weiterzugeben (z.B. Tafel, Foodsharing).



**Wir wünschen uns einen Austausch und Diskurs über die Forderungen und ihre Umsetzung mit allen Parteien und Stadtpolitiker*innen.
Fridays for Future Frankfurt am Main
mit Unterstützung von Scientists for Future Frankfurt & People 4 Future FFM**

Weitere Informationen unter: <https://www.fridaysforfutureffm.de/>



Solidarität mit dem Streik gegen die Verschlechterung der Renten in Frankreich

Schreiben der GEW Hessen an FNEC-FP – Federation Nationale de l'Enseignement, de la Culture et de la Formation Professionnelle

„Am 5. Dezember rufen Gewerkschaften wie CGT, FSU, FO oder Solidaires zu einem ersten Berufsgruppen übergreifenden Streiktag gegen die geplante Verschlechterung der Renten in Frankreich auf. Die verschiedenen, oft durch Arbeitskämpfe errungenen Rentensysteme, sollen zu einer „Rente nach Punkten“ zusammengefasst werden. Statt eines Prozentsatzes vom bisherigen Einkommens sollen die Beschäftigten Beitragspunkte sammeln, deren Wert die Parlamentsmehrheit jedes Jahr neu festlegen soll. Das „Insti-

tut de la Protection Social“ errechnete, dass gerade Mütter die größten Verliererinnen sein werden. Die Mutter eines Kindes mit einem Jahreseinkommen von 40.000 Euro würde nach der „Reform“ 2.000 Euro pro Jahr an Rente verlieren, mit zwei Kindern sogar 4.354 Euro pro Jahr.

Angesichts der Diskussion über eine Rente ab 70, angesichts der schon vorhandenen und weiter zunehmenden Altersarmut in Deutschland, begrüßen wir jeden Widerstand in Europa gegen die

Verschlechterung der jeweiligen Rentensysteme.

Wir wünschen unseren streikenden französischen Kolleginnen und Kollegen den größtmöglichen Erfolg und stehen an ihrer Seite.

Vive la solidarité internationale!

Birgit Koch,
Vorsitzende GEW Hessen,
5. Dezember 2019

Zur Rentenreform in Frankreich gibt es auf den Nachdenkseiten einen hervorragenden längeren Artikel von **Marco Wenzel**.

Der Einleser:
„Nach offizieller Lesart der Regierung geht es darum, das komplizierte Rentensystem in Frankreich, bestehend aus 42 verschiedenen Rentenkassen und Regelungen, zu vereinfachen, eine einheitliche Kasse für alle Berufe zu schaffen

und das Milliardendefizit der Rentenkassen abzubauen. Das wäre an sich ja nicht unvernünftig, das leuchtet ein. Aber geht es auch darum? Nicht wirklich. Vor allem geht es darum, dem Finanzkapital den Zugang zum Rentenmarkt freizuschließen und neue Märkte zu eröffnen.“

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=57476>

Deutsch-britisches Gewerkschaftsforum

Gewerkschaften stellen sich auf Brexit ein

Beim Deutsch-Britischen Gewerkschaftsforum in London ging es nicht nur um den Brexit. Wichtige Themen waren auch der Klimaschutz und der Umgang mit Rechtspopulismus in den Gewerkschaften. Für die GEW war Barbara Geier dabei.

Der weiße Elefant Brexit war allgegenwärtig beim 18. Deutsch-Britischen Gewerkschaftsforum am 20. und 21. November 2019 in London. Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutierten Vertreterinnen und Vertreter des DGB, des britischen Gewerkschaftsbunds Trade Union Congress (TUC) und ihrer jeweiligen Einzelgewerkschaften mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern darüber, wie Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte geschützt und über den Übergang von fossiler zu erneuerbarer Energie gestaltet werden können, und wie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sich gegen populistische und ultrarechte Bewegungen aufstellen müssen.

Soziale Rechte für Briten erst durch EU-Gesetzgebung

Auch wenn die Labour Party just am 21. November ihr Manifest für den erhofften Wahlsieg am 12. Dezember mit einem noch offenen Brexit veröffentlichte, gingen die Redebeiträge doch von einem wie auch immer gestalteten Austritt Großbritanniens aus der EU aus. Frances O'Grady, Generalsekretärin des TUC, wies darauf hin, dass eine der wichtigsten

Verhandlungen nach dem Brexit die Erhaltung der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte sei. Dass diese Rechte erst durch die EU-Gesetzgebung in ihrem Land verwirklicht worden seien, komme im öffentlichen britischen Diskurs leider viel zu wenig vor – ebenso wie Mutterschutz und Elternzeit, die es in Großbritannien ohne die Unterstützung der europäischen Gewerkschaften nicht gäbe.

Bei Handelsverträgen geht es nicht um Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte

Susanne Wixforth, Referatsleiterin der DGB-Abteilung internationale und europäische Gewerkschaftspolitik, erläuterte sehr ernüchternd, dass es bei Handelsverträgen um rein wirtschaftliche Interessen und Vereinbarungen gehe und nicht um Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte. Die Gewerkschaften seien hier besonders gefordert, die Rechte der Arbeitenden gegen die Forderungen der Wirtschaft zu schützen.

Fred Grindrod von der NA-SUWT, der britischen Schwester-gewerkschaft der GEW, fragte, wie bi- und multilateraler sozialer Dia-



Foto: Barbara Geier

log, der bisher durch den Europäischen Sozialfonds der EU gefördert wird, in Zukunft für die Briten weitergehen könne.

Gewerkschaften fordern faire Transformation

Einig waren sich alle Beteiligten, dass der Übergang in eine fossilfreie Energieversorgung fair gestaltet werden müsse. Das sei nur möglich, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligt seien. Dies muss unter drei Prämissen geschehen, wie Anja Weber, DGB-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen, darlegte: erstens soziale Gerechtigkeit, zweitens ökologische Verantwortung, drittens ökonomische Vernunft. Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, seien nicht nur Auf-

klärung und Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch Investitionen in Erwachsenenbildung sowie Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme notwendig.

Gewerkschaften und Rechtspopulismus

Antworten auf den erstarkenden Rechtspopulismus zu finden, ist die große gemeinsame Aufgabe der Gewerkschaften. Liz Fekete, Leiterin des Institute of Race Relations in London, lehnte den Begriff Rechtspopulismus jedoch als Euphemismus ab. Sie benutzte stattdessen das Wort Faschismus. Betriebliche Interessenvertreter aus Hull in Nordengland und aus Köln berichteten, dass sie sich auch mit Gewerkschaftsmitgliedern und so-

gar Funktionären über rechtspopulistische Ansichten auseinandersetzen müssten. Deshalb sei es wichtig, weiter Schulungen für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Umgang mit Rechtsradikalismus anzubieten und dies zu intensivieren.

Bildung von entscheidender Bedeutung

Deutlich wurde bei allen Themen des traditionsreichen Deutsch-Britischen Gewerkschaftsforums, dass Bildung eine zentrale Rolle bei der Vermittlung und Bewältigung der drei großen Herausforderungen Klimawandel, Rechtspopulismus und Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte zukomme. Das gilt für alle Bildungsbereiche von der frühkindlichen und schulischen Bildung bis zur Berufs-, Hochschul- und Weiterbildung. Diese Herausforderungen haben keine nationalen Grenzen. Es ist daher gut und wichtig, den Austausch zwischen britischen und deutschen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auch nach einem möglichen Brexit weiterzuführen.

Barbara Geier,
3. Dezember 2019

Barbara Geier ist ehemalige Gesamtschullehrerin und Personalrätin. Sie ist Mitglied im Vorstand der GEW Hamburg und vertritt die GEW in der Globalen Bildungskampagne

Schattenbericht Kindersoldaten

Deutschland ignoriert UN-Forderungen und verletzt Kinderrechte

15 Jahre nach der Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur UN-Kinderrechtskonvention zu Kindern in bewaffneten Konflikten ist die deutsche Bilanz nach Ansicht von Expertinnen und Experten „katastrophal“.

Statt das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuhieven, wie es der UN-Kinderrechteausschuss seit 2008 fordert, sind die Zahlen minderjähriger Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bis 2017 stetig angestiegen und haben in dem Jahr einen Höchststand von 2.128 erreicht. „Damit ist Deutschland eines der wenigen Länder weltweit, dessen Militär noch minderjährige Soldaten rekrutiert. Über 150 Länder halten den sogenannten Straight 18-Standard dagegen ein. In der Bundeswehr sind junge Soldatinnen und Soldaten immer wieder schweren Rechtsverletzungen wie Vergewaltigung oder erniedrigenden Aufnahmeverfahren ausgesetzt“, sagte Ralf Willinger von ter-

re des hommes bei der Vorstellung des dritten Schattenberichts Kindersoldaten.

„Die zentralen Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes an Deutschland werden immer noch nicht umgesetzt – im Gegenteil, die Situation hat sich weiter verschlechtert.“ (Ralf Willinger)

Im Auftrag der Kinderrechtsorganisationen Kindernothilfe, terre des hommes Deutschland und World Vision Deutschland untersuchte der Völkerrechtler Michael Krennerich, wie Deutschland das 2004 ratifizierte Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention zu Kindern in bewaffneten Konflikten („Kindersoldaten-Protokoll“) um-

umsetze. „15 Jahre nach der Ratifizierung des Zusatzprotokolls ist die deutsche Bilanz angesichts der Folgen für betroffene Kinder katastrophal“, sagte Willinger. „Die zentralen Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes an Deutschland werden immer noch nicht umgesetzt – im Gegenteil, die Situation hat sich weiter verschlechtert.“ Kindernothilfe, terre des hommes und World Vision appellierten an die Bundesregierung, die Empfehlungen des UN-Ausschusses endlich ernstzunehmen.

Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten moniert ferner einen mangelnden Schutz geflüchteter Kindersoldaten und -soldatinnen aus Kriegsgebieten. „Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verweigert ehemaligen Kindersoldaten aus Somalia mehrfach die Anerkennung als Flüchtling mit dem Argument, in Somalia sei jedes Kind von Rek-

rutierung bedroht, deshalb handele es sich nicht um individuelle Verfolgung“, kritisierte Willinger.

Frank Mischo von der Kindernothilfe forderte die Bundesregierung auf, die Mittel für Unterstützungsprojekte für frühere Kindersoldatinnen und -soldaten zu erhöhen und eine eigene Budgetlinie im Entwicklungshilfhaushalt einzuführen. Der Schattenbericht Kindersoldaten wird direkt in das UN-Berichtsverfahren zur deutschen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention eingespeist.

GEW gegen Bundeswehr an Schulen

Auch die GEW fordert seit langem den Stopp der Rekrutierung Minderjähriger. Die Zahl der Auftritte von Jugendoffizieren und Karriereberatern der Bundeswehr stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr an: Allein bei Vorträgen im

Schulunterricht erreichten Jugendoffiziere fast 120.000 Schülerinnen und Schüler, wie eine Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine kleine Anfrage der Linken ergab. Die Karriereberater warben bei etwa 368.000 Schülerinnen und Schülern auf Jobmessen und Schulgeländen. Die Werbemaßnahmen des Verteidigungsministeriums hatten einen Etat von 31 Millionen Euro.

Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten veröffentlichte auch die Broschüre *Why 18 Matters. Eine Analyse der Rekrutierung von Kindern*, welche die weltweiten Rekrutierungszahlen und die besonderen Probleme in Deutschland skizziert. Die Publikation kann gegen Zahlung der Versandkosten bei der Referentin des Vorstandsbereichs Schule beim GEW Hauptvorstand, Martina Schmeer, bestellt werden.

GEW, 2. Dezember 2019

Wahlausschreiben

- zur Wahl des Bezirksvorstands des Bezirksverbands Frankfurt der GEW
- zur Aufstellung der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten der GEW für die Wahl zum Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (GPRLL) beim Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt

Auf der Bezirksdelegiertenversammlung (BDV) des Bezirksverbands Frankfurt der GEW ist der Bezirksvorstand für die kommende zweijährige Wahlperiode (2020–2022) neu zu wählen.

Die BDV findet statt: **am Montag, den 9. März 2020, von 9 bis 17 Uhr, im DGB-Haus in Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77.**

- Gemäß der Satzung des BV Frankfurt (§ 9) sind zu wählen
 - die oder der Vorsitzende des Bezirksverbands
 - zwei stellvertretende Vorsitzende.

An Stelle einer oder eines Vorsitzenden und zwei stellvertretenden Vorsitzenden kann auch **ein Vorsitzendenteam von bis zu 3 Personen** gewählt werden. Von dieser Möglichkeit wurde in den letzten Jahren bei vorhergehenden Wahlen immer Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus sind Kolleginnen und Kollegen für folgende Positionen zu wählen:

- Geschäftsführer(in)
- Schatzmeister(in)
- Schriftleiter(in) der FLZ
- Leiter(in) der Abteilung Rechtsschutz
- Leiter(innen) der Referate
 - Schule und Bildung
 - Tarif, Besoldung, Beamtenrecht
 - Weiterbildung und Bildungsmarkt
 - Mitbestimmung und gewerkschaftliche Bildungsarbeit
 - Umwelt/Arbeitsschutz
 - Kommunale Angelegenheiten

Für jede der genannten Positionen ist zusätzlich ein(e) Stellvertreter(in) zu wählen. Alternativ dazu kann auch jeweils ein Team von bis zu 3 Personen gewählt werden (bei den Wahlen in vergangenen Jahren wurde bei fast allen Positionen von dieser Möglichkeit auch Gebrauch gemacht).

2. Zusätzlich sind von der BDV die **Vorsitzenden(teams) der Fach- und Personengruppen** zu bestätigen. Die **Fach- und Personengruppen werden hiernit aufgefordert, Versammlungen durchzuführen, auf denen die Vorsitzenden(teams) gewählt werden, damit diese dann der BDV zur Bestätigung vorgelegt werden.**

In der Satzung des BV Frankfurt sind folgende **Fachgruppen** vorgesehen:

- Berufliche Schulen
- Erwachsenenbildung
- Grundschulen
- Haupt- und Realschulen
- Gymnasien
- Gesamtschulen
- Sonderpädagogik
- Schulaufsicht, Schulentwicklung und Schulpsychologie
- Sozialpädagogische Berufe
- Hochschule
- sozialpädagogische Fachkräfte im Schuldienst

Folgende **Personengruppen** sind in der Satzung vorgesehen:

- Angestellte
- Ausländische Lehrerinnen und Lehrer
- Frauen
- Seniorinnen und Senioren.
- junge GEW
- Studierende.

- Außerdem sind auch
 - **das Präsidium der BDV,**
 - **der Wahlausschuss der BDV**

■ **sowie die Kassenprüfer(innen)** für die kommende Wahlperiode zu wählen.

4. Schließlich sind auch die **Kandidatinnen und Kandidaten für die Liste der GEW zur Wahl des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (GPRLL) beim Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main** zu wählen.

Kandidaturvorschläge für die in diesem Wahlausschreiben genannten Positionen sind unmittelbar an die Geschäftsstelle des BV Frankfurt, Bleichstr. 38 a, 60313 Frankfurt, E-Mail: info@gew-frankfurt.de, zu richten. Die Vorschläge sollen auch die Zusicherung enthalten, dass die Vorgeschlagenen mit der Kandidatur einverstanden sind.

Es ist auch möglich, dass Mitglieder selbst ihr Interesse an bzw. ihre Kandidatur zu einer Position erklären.

Kandidaturvorschläge und Bereitschaftserklärungen sollen **bis**

spätestens 12. Februar 2020 in der Geschäftsstelle eingegangen sein.

Auch nach diesem Datum und auch auf der BDV selbst sind noch Kandidaturvorschläge und eigene Bereitschaftserklärungen möglich; die Einhaltung der genannten Frist ist jedoch Voraussetzung dafür, dass die Kandidaturen vor der BDV den Delegierten mit der Einladung mitgeteilt werden.

Kandidatinnen und Kandidaten müssen selbst auf der BDV anwesend sein, um sich den Delegierten vorzustellen. Im Falle von Verhinderung durch Krankheit oder aus einem anderen wichtigen Grund ist dies der Geschäftsstelle oder einem Mitglied des Wahlausschusses mitzuteilen. In diesem Fall muss eine schriftliche Einverständniserklärung der Kandidatin bzw. des Kandidaten vorliegen.

Frankfurt am Main, den 19. Dezember 2019
Der Wahlausschuss der BDV
Daniel Gnida, Stefan Horlacher, Thomas Sachs



Vom (Un)sinn ökonomisierter Bildung: Wege aus der Entdemokratisierungsfalle

Wir, die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Gegen die Ökonomisierung der Bildung“ der GEW Bezirksverbände Frankfurt und Südhessen, beschäftigen uns seit mehreren Jahren kritisch mit der zunehmenden „Ökonomisierung des Bildungswesens“. In mehreren Vortragsreihen und einer ganztägigen Veranstaltung haben wir thematisiert, wie Wirtschaftskonzerne – allen voran Bertelsmann – sowie zahlreiche andere Firmen über ihre Stiftungen und ihre Berater in den Kultusministerien Einfluss auf die Bildungspolitik nehmen. Dass die OECD als internationale Wirtschaftsorganisation den PISA-Schock inszeniert hat, spricht Bände. Immer wieder meldet sie sich mit neuesten Studien zu Wort, um die Bildungsdebatte möglichst zu majorisieren. Doch die „Reformen“ der letzten Jahre (Methoden und Kompetenzen, G8/G9, die Umsetzung der Inklusion, Modularisierung in Studium und Referendariat) zeitigen bereits jetzt in aller Deutlichkeit ihre Wirkung. Nicht erst der aktuelle Lehrermangel an Grund- und Förderschulen gibt Anlass zur Sorge. Kolleginnen und Kollegen aller Schulformen sind überlastet und ihre Zufriedenheit mit dem Beruf nimmt immer mehr ab, trotz hohen Engagements.

Die kommende Veranstaltung will aufzeigen, welche Phänomene dazu beigetragen haben.

- Dazu zählt der Versuch,
- demokratische Strukturen und Gremien wie die Gesamtkonferenz mit dem Instrument der Indirekten Steuerung (Siemens) auszuhöhlen oder gänzlich zu entmachten;
 - das Prinzip der Pädagogischen Beziehungen über Bord zu werfen (Frenzel);
 - Schule und Unterricht, Lehre und Forschung mehr nach Management-Logiken zu organisieren, ohne dass dies transparent gemacht würde

5. Veranstaltung der GEW zur Ökonomisierungskritik, Samstag, den 29. Februar 2020 9:30 – 17:30 Uhr DGB-Haus Frankfurt

9:30 Begrüßung und Einführung

10:00 **Teamarbeit: ein Instrument indirekter Steuerung oder Chance zur Selbstorganisation?**
Stephan Siemens, Experte für Arbeitspsychologie + Burnout-Prävention, Köln

11:30 **Alternativen und Widerstandsmöglichkeiten**

Dr. Gabriele Frenzel: **Pädagogische Freiheit – eine Idee von gestern?**

Eva Wehrheim und Maria Heydari: **Schule braucht Demokratie – Wunschzettel einer Grundschullehrerin**

Herbert Storn: **Gesamtkonferenzen – mehr Mitbestimmung geht nicht – aber die will auch organisiert sein**

13:00 Mittagspause

Arbeitsgruppe Gegen die Ökonomisierung der Bildung der GEW Bezirksverbände Frankfurt und Südhessen. Um Anmeldung wird gebeten unter: thomas.sachs@gew-frankfurt.de

14:00 **Digitaler Neoliberalismus bis ins Klassenzimmer oder: warum IT für Schulen neu gedacht werden muss**
Prof. Ralf Lankau, Hochschule Offenburg

15:30 **Ökonomisierung als technologische Steuerung von Schule und Unterricht: Phänomene, Kritik und Alternativen**
Prof. Jochen Krautz, Bergische Universität Wuppertal

16:30 Schlusss Diskussion

In der Mittagspause kostenloser Snack und Getränke sowie Songs der Gruppe **wirgeföh** zur „schönen neuen Arbeitswelt“

Veranstaltungsort:
DGB-Haus (großer Saal), Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, Frankfurt/Main (Parkmöglichkeiten vorhanden)

(Krautz). Alle Beteiligten würden so ihrer pädagogischen und didaktischen Freiheit und Verantwortung beraubt.

Nun soll mit dem Digitalpakt der IT-Industrie der schrankenlose Zugang zu unseren Schulen und zu unseren Daten geebnet werden (Lankau).

Oberstes Bildungsziel der Ökonomisierung von Bildung ist nicht der umfassend gebildete Mensch, sondern der perfekt angepasste „Homo ökonomicus“.

„Wege aus der Entdemokratisierungsfalle“ lassen sich nur finden, wenn wir einerseits die kri-

tische Aufklärung voranbringen und andererseits zu mutigem Widerstand aufrufen.

Ankündigungstexte der Referenten

Teamarbeit: ein Instrument indirekter Steuerung oder Chance zur Selbstorganisation?
Stephan Siemens, Experte für Arbeitspsychologie + Burnout-Prävention, Köln

Wir, die Kolleginnen und Kollegen, werden in Teams organisiert, die dann über Anforderungen der sogenannten „Umwelt“ unter Druck gesetzt werden. In diesem Rahmen

verteilen wir als Gruppe gemeinsam diesen Druck – um den „Gruppenruck“ verstärkt – aufeinander als Individuen. Das geschieht im Wesentlichen unbewusst, d.h. die so angelegten Prozesse organisieren sich „von selbst“ (erste Bedeutung von Selbstorganisation). Auf diese Weise werden unsere Beziehungen bei der Arbeit belastet, was zu emotionaler Erschöpfung und über die Jahre zu Burnout führt.

Sich diese Prozesse bewusst zu machen, setzt voraus, dass wir uns mit unseren Beziehungen bei der Arbeit auseinandersetzen mit dem Ziel

- uns vor einem unbewusst sich entwickelnden Burnout zu schützen.
- uns Solidarität zu erarbeiten, durch die wir uns gemeinsam gegen die indirekte Steuerung wehren können.
- unsere gemeinsame Arbeit mehr und mehr selbst zu organisieren (zweite – der ersten entgegengesetzte – Bedeutung von Selbstorganisation)

Digitaler Neoliberalismus bis ins Klassenzimmer oder: warum IT für Schulen neu gedacht werden muss
Prof. Ralf Lankau, Hochschule Offenburg

Digitaltechnik, wie sie derzeit aus dem Silicon Valley kommt, ist Technik der Gegenauflklärung. Es werden immense Daten ohne EU-Rechtsgrundlage erhoben und nach nicht bekannten Kriterien ausgewertet – auch im Klassenzimmer. Das heißt dann Learning Analytics und ist Big Data für Schulen. Das Ziel ist, mit den aus diesen Daten generierten Lern- und Persönlichkeitsprofilen sowohl den einzelnen Menschen wie ganze Gesellschaften zu steuern. Der Mensch soll tun, was die Systeme ihm sagen. Das ist weder demokratisch noch human, es widerspricht dem Bildungsauftrag von Schulen. Zumal: Lernen lässt sich nicht automatisieren. Lernen ist ein individueller und sozialer Prozess. Am Computer lässt sich

allenfalls Bestandswissen beschulen und prüfen. Lehrende vermitteln stattdessen, was technische Systeme nie leisten werden: selbständiges und selbstbestimmtes Denken, kreatives Handeln, Empathie, Verantwortung, Neugier für ein Fach. Nur im sozialen Miteinander können Menschen diese Fähigkeiten entfalten. Daher müssen wir IT in Schulen neu denken: aus pädagogischer Perspektive statt nach den Parametern der Daten-Ökonomie.

Ökonomisierung als technologische Steuerung von Schule und Unterricht: Phänomene, Kritik und Alternativen
Prof. Jochen Krautz, Bergische Universität Wuppertal

Die Ökonomisierung von Bildung zeigt sich in der Schule v.a. als Versuche der indirekten Steuerung von Unterricht, von Lehrerinnen und Lehrern und von Schülerinnen und Schülern. Seit den 1960er und wieder verstärkt seit den 1990er Jahren wurden dazu technologische Unterrichtsmodelle entwickelt und durchgesetzt, die heute pädagogisches und didaktisches Denken und Handeln prägen, ohne dass dies noch bewusst wäre. So werden Schule und Unterricht nach Management-Logiken organisiert, die die Beteiligten ihrer Freiheit und Verantwortung berauben.

Doch kann Schule ihrer emanzipatorischen Aufgabe nicht gerecht werden, wenn Lehrerinnen und Lehrer entmündigt werden und Mündigkeit als Bildungsziel unterlaufen wird. Daher wird auch nach einer systematischen pädagogischen Alternative gefragt, die weder neoliberaler Logik folgt noch dem „Wind of Change“, sondern Freiheit und Verantwortung als Mittel und Ziel von schulischem Lehren und Lernen herausstellt. So können sich auch konkrete Perspektiven für eine zunehmend entdemokratisierte Schule und die drangalierte Lehrerschaft ergeben.

VOM (UN)SINN ÖKONOMISIERTER BILDUNG: WEGE AUS DER ENTDEMOKRATISIERUNGSFALLE

5. VERANSTALTUNG DER GEW HESSEN ZUR ÖKONOMISIERUNGSKRITIK

Mit musikalischen
Einspielungen von
Martina Frenzel &
der Gruppe *wirgefühl*

SAMSTAG, 29.2.2020

9:30 - 17:30 Uhr im DGB-Haus (großer Saal),
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Frankfurt / Main

Um Anmeldung wird gebeten unter:
thomas.sachs@gew-frankfurt.de

10.00 Uhr

TEAMARBEIT:
Ein Instrument
indirekter Steuerung
oder Chance zur
Selbstorganisation?

Stephan Siemens
[Experte für Arbeitspsychologie +
Burnout-Prävention, Köln]

11.30 Uhr

BEITRÄGE AUS DER AG

Pädagogische Freiheit – eine Idee von gestern?

Dr. Gabriele Frenzel

**Schule braucht Demokratie –
Wunschzettel einer Grundschullehrerin**

Eva Wehrheim und Maria Heydari

Gesamtkonferenzen

**– mehr Mitbestimmung geht nicht –
aber die will auch organisiert sein**

Herbert Storn

14.00 Uhr

**DIGITALER
NEOLIBERALISMUS
BIS INS
KLASSENZIMMER**
oder:

**Warum IT für Schulen neu
gedacht werden muss**

Prof. Ralf Lankau
[Hochschule Offenburg]

15.30 Uhr

**ÖKONOMISIERUNG ALS
TECHNOLOGISCHE STEUERUNG
VON SCHULE UND UNTERRICHT:**

Phänomene, Kritik & Alternativen

Prof. Jochen Krautz
[Bergische Universität Wuppertal]

16.30 Uhr

ABSCHLUSSDISKUSSION

Mit Maike Wiedwald,
Landesvorsitzende der GEW Hessen



Eine Veranstaltung der Bezirksverbände
Frankfurt & Südhessen sowie des
Landesverbands Hessen.